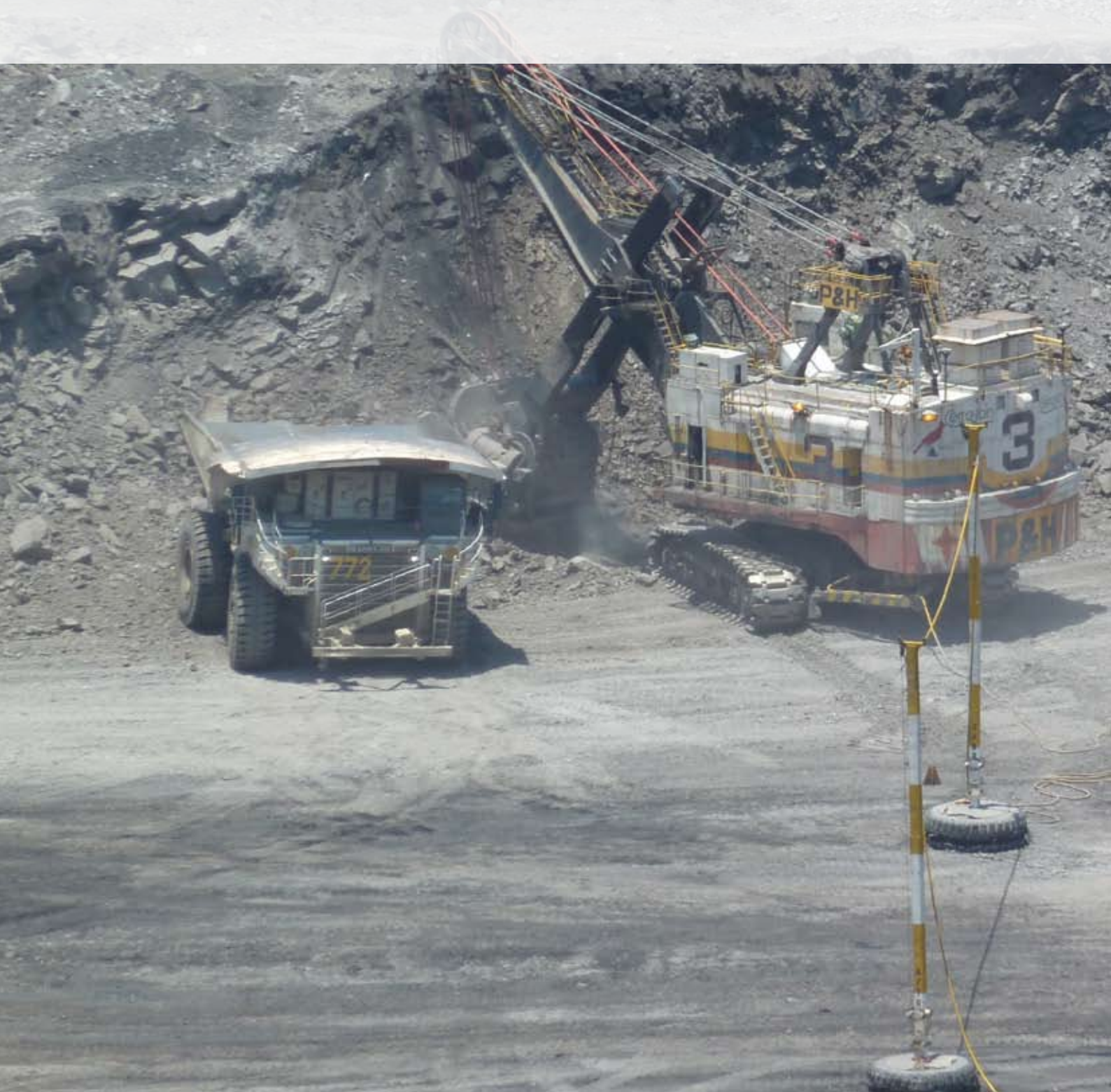


Schwarze Löcher in der Unternehmensverantwortung

Deutschlands Steinkohleimporte aus Kolumbien
und die Folgen für die Menschenrechte



Internationale Menschenrechtsorganisation
für das Recht sich zu ernähren



Impressum



Herausgeber:
FIAN Deutschland e.V.
Briedeler Straße 13
D-50969 Köln
fian@fian.de
www.fian.de

Autor: Sebastian Rötters
Gestaltung: Georg Temme
Druck: Basis-Druck GmbH Duisburg
Fotos: © FIAN/Sebastian Rötters
oder siehe Bildunterschrift
Titelfoto: Cerréjon-Tagebau

Mit freundlicher Unterstützung
durch



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Köln, Oktober 2012

ISBN 978-3-943662-06-1

MISEREOR
• IHR HILFSWERK

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Steinkohle in Deutschland	5
Der Steinkohle-Weltmarkt im Überblick	5
Deutschlands Kohleimporte – Kolumbien auf dem Vormarsch	6
Bergbau in Kolumbien	7
Der Krieg in Kolumbien	8
Die Geschichte des Kohleabbaus in Kolumbien	9
Die sozialen und ökologischen Folgen des Kohleabbaus in Kolumbien	11
Energiegewinnung auf Kosten der Natur	11
Steinkohlebergbau inmitten des bewaffneten Konflikts	12
Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen zugunsten des Kohlebergbaus	12
Der Kohletransport: Albtraum für AnwohnerInnen	14
Recht vs Macht: Der rechtliche Rahmen zum Schutz der Indigenen und afrokolumbianischen Bevölkerung	14
Die Situation der ArbeitnehmerInnen im Kohlebergbau	16
Häufige Unfälle mit tödlichen Folgen	16
Gesundheitsschäden der KohlearbeiterInnen	16
Die schwierige Lage der Gewerkschaften	16
Die Ermordung von Victor Orcasita, Valmore Locarno und Gustavo Soler	17
Taugt der Bergbau als Entwicklungsmotor?	17
Deutschlands Mitverantwortung	19

Einleitung

Deutschland hat im Sommer 2011 den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen. Seitdem wird intensiv über die Zukunft der Energieversorgung diskutiert. Das letzte deutsche Atomkraftwerk wird voraussichtlich 2022 abgeschaltet. Eine vollständige Versorgung durch erneuerbare Energien wird vielleicht 2050 erreicht. An kontroversen Themen mangelt es nicht: Soll Kohle die Atomkraft ersetzen? Lassen sich ohne Atomstrom die Klimaschutzziele erreichen, wenn verstärkt Kohle zur Stromerzeugung genutzt wird? Ist Braunkohle als heimischer Energieträger noch akzeptabel, obwohl deren Verbrennung massiv zum Klimawandel beiträgt? Und woher kommt eigentlich die benötigte Steinkohle, insbesondere wenn 2018 die letzten deutschen Zechen schließen? Der weltweite Kampf um die verbliebenen Rohstoffvorräte wird immer härter geführt. Die deutsche Bundesregierung hat im Oktober 2010 auf massiven Druck des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) eine Rohstoffstrategie verabschiedet, mit der die Rohstoffversorgung Deutschlands gesichert werden soll. Auch auf europäischer Ebene macht die deutsche Industrie Druck und ist die treibende Kraft hinter der „Raw Materials Initiative“, mit der die EU auf den wachsenden Konkurrenzdruck beim Kampf um Rohstoffe reagiert hat. Doch welche Rolle spielen bei all diesen Fragen Umwelt und Menschenrechte? Wie transparent ist der Handel mit Rohstoffen und welche Auswirkungen hat unser Rohstoffhunger in den Abbauregionen?

Diese Studie möchte am Beispiel der Steinkohleimporte aus Kolumbien genau die Fragen untersuchen, die bei der gesamten Debatte um die Energieversorgung, aber auch bei der gleichzeitig stattfindenden Debatte um Deutschlands Rohstoffversorgung bestenfalls eine Nebenrolle spielen:

- Woher stammt die Steinkohle, die benötigt wird, damit in Deutschland „nicht die Lichter ausgehen“? Wie transparent ist der internationale Steinkohlehandel?
- Welche Folgen hat der Abbau der Kohle für Menschen und Umwelt vor Ort? Wieviel wissen Energieversorger oder Bundesregierung über diese Folgen? Welche Informationen stellen sie interessierten VerbraucherInnen zur Verfügung?
- Tragen die Energieversorger als Käufer der Energierohstoffe eine Mitverantwortung für etwaige Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörungen in den Abbaugebieten? Wenn ja, wie nehmen sie diese wahr?

Die kolumbianische Steinkohle ist dabei aus mehreren Gründen ein guter Untersuchungsgegenstand. Erstens ist Kolumbien 2011 zum wichtigsten Kohlelieferanten deutscher Kraftwerke aufgestiegen und aus diesem Grund ein wichtiger Pfeiler für die deutsche Energieversorgung. Zweitens ist der kolumbianische Kohlebergbau recht übersichtlich gestaltet. Wenige große, internationale Produzenten kontrollieren über 90 Prozent des Kohleabbaus vor Ort. Drittens ist die Informationslage über Menschenrechtsverletzungen und Umweltauswirkungen zwar noch sehr lückenhaft, aber aufgrund der jahrelangen Arbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen generell deutlich besser als bei anderen Lieferantenländern.

Unter dem Stichwort Transparenz wird aktuell vor allem diskutiert, wie Finanzströme besser offengelegt werden können. Mindestens ebenso wichtig erscheint es jedoch, die Transparenz der Warenströme herzustellen. Während das bei vielen metallischen Rohstoffen sehr kompliziert ist, weil diese oft mehrfach weiterverarbeitet werden, bevor sie nach Deutschland gelangen, besteht dieses Problem beim Import von Steinkohle nicht. Sie wird nahezu unbearbeitet importiert und verbrannt, so dass eine kurze und recht übersichtliche Wertschöpfungskette besteht, die leicht darstellbar wäre.

Diese Studie möchte zeigen, welche Transparenz- und Verantwortungslücken bestehen und wie diese möglicherweise geschlossen werden könnten. Am Beispiel der Steinkohleimporte soll aufgezeigt werden welche Schritte nötig sind, um in Zukunft zu einer menschenrechtskonformen Energie- und Rohstoffpolitik zu gelangen.

Aus Klimaschutzgründen kann nur der komplette Ausstieg aus der Kohleverstromung ein erstrebenswertes Ziel sein. Im Rahmen der aktuellen Debatte über Deutschlands Energiezukunft muss die Politik klare Vorgaben machen, wie dieser Ausstieg möglichst schnell und effektiv erreicht werden kann. Für die Übergangszeit müssen jedoch überdies Wege gefunden werden, damit Abbau, Handel und Verstromung von Kohle transparenter gestaltet werden und nicht zu Menschenrechtsverletzungen beitragen, für die am Ende niemand verantwortlich sein will. Eine wichtige Rolle spielen dabei auch kritische Verbraucherinnen und Verbraucher, die mehr Transparenz einfordern und Druck auf Staaten und Unternehmen ausüben können, damit diese tatsächlich Verantwortung für die Folgen ihres Handelns übernehmen.

RWE-Tagebau Hambach





Steinkohlekraftwerk Staudinger von E.ON

| Steinkohle in Deutschland

Der Abbau und die Verstromung von Steinkohle haben in Deutschland eine lange Tradition. Die ehemals reichen Kohlevorkommen haben beispielsweise im Ruhrgebiet und im Saarland stark zur industriellen Entwicklung beigetragen. Vor allem wegen der Kohle war das Ruhrgebiet lange Zeit das Herz der deutschen Industrie. Mitte der 50er Jahre wurden in Deutschland 150 Millionen Tonnen Steinkohle pro Jahr gefördert. Doch diese Zeiten sind lange vorbei. Seit der Kohlekrise 1957/58 sank die Fördermenge bis heute in mehreren Stufen auf weniger als ein Zehntel dieser Menge. Nur dank hoher Subventionen kann der heimische Bergbau heute noch mit dem Weltmarkt konkurrieren. Die Kohle-Kumpel, noch in den 80er Jahren eine ernstzunehmende politische Größe im Ruhrgebiet, die von keiner Regierung ignorieren werden konnte, sind heute eine aussterbende Spezies in Deutschland. 2018 laufen die Kohlesubventionen aus. Gut 60 Jahre nach dem Förderhöhepunkt werden dann aufgrund mangelnder Rentabilität die letzten deutschen Zechen geschlossen. Das ehemalige Rückgrat der deutschen Wirtschaft bleibt dann mit den massiven Rückenleiden zurück, welche durch die zahllosen Bergschäden ausgelöst werden. Bildlich gesprochen teilen Saarland und Ruhrgebiet somit das Schicksal tausender Kohlekumpel, die ebenfalls einen hohen Preis für die Arbeit unter Tage gezahlt haben. Diese Spätfolgen werden noch jahrzehntelang hohe Kosten verursachen.

Für die deutsche Energieversorgung bleibt diese Entwicklung zunächst einmal praktisch folgenlos. Die beständig sinkende heimische Steinkohleproduktion wird schon seit Jahren durch steigende Importe ausgeglichen. Der absolute Kohleverbrauch in Deutschland liegt seit Jahren zwischen 55 und 65 Millionen Tonnen pro Jahr. Die Importquote lag 2011 bei ungefähr 80 Prozent.¹ Ab 2018 muss der gesamte Bedarf über Importe aus dem Ausland abgedeckt werden. Die Zukunftsplanungen der Energieversorger werden vom Ende des heimischen Steinkohlebergbaus jedoch kaum tangiert. Zahlreiche neue Kohlekraftwerke sind im Bau oder in Planung und sollen mit importierter Kohle befeuert werden. Neue Steinkohlekraftwerke müssen aufgrund der langen Amortisationszeit von 25-30 Jahren sehr lang betrieben werden, um rentabel zu sein. Daraus folgt, dass die Stromversorger der Steinkohle auch für die nächsten Jahrzehnte eine tragende Rolle zugeordnet haben,

der Importquote von 100 Prozent zum Trotz. Dies wirft die Frage auf, woher genau diese Steinkohle kommt und welchen sozialen und ökologischen Preis sie hat. Denn der Abbau von Steinkohle ist ebenso wie der Abbau anderer mineralischer oder energetischer Rohstoffe mit massiven Folgen für Mensch und Umwelt verbunden.²



RWE-Tagebau Hambach mit den Kraftwerken Neurath und Frimmersdorf

| Der Steinkohle-Weltmarkt im Überblick

Die Verfeuerung von Kohle trägt massiv zum Anstieg des CO₂-Gehaltes in der Atmosphäre und damit zum Klimawandel bei. Trotz dieser seit langem bekannten Tatsache steigen die Förderung und der Verbrauch von Stein- und Braunkohle nach wie vor von Jahr zu Jahr an. Kein anderer Primärenergieträger hat in den letzten Jahren mehr zugelegt als Kohle. Um satte 28 Prozent stieg der Verbrauch im Zeitraum 2000-2010.³ Die Zahlen sind besorgniserregend: 2011 wurden weltweit 6.960 Millionen Tonnen Stein- und 1.042 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert.⁴ Doch Kohle ist generell keine klassische Ware für den Weltmarkt.

Braunkohle eignet sich aufgrund ihres hohen Wasser- und geringen Energiegehaltes nur dann zur Stromerzeugung, wenn diese in unmittelbarer Nähe zu den Abbaustätten erfolgen kann. Aus diesem Grund werden Braunkohlekraftwerke praktisch immer in der Nähe der Vorkommen errichtet. Im rheinischen Braunkohlerevier beispielsweise stehen die Großkraftwerke Niederaußem, Neurath, Frimmersdorf und Weisweiler in Sichtweite der Braunkohletagebaue.

1 Verein der Kohlenimporteure, Jahresbericht 2012, S. 2

http://www.verein-kohlenimporteure.de/download/2012/VDKI_Jahresbericht_2012.pdf (abgerufen am 27. 10. 2012)

2 Grubenunglücke, bei denen Bergleute verschüttet werden, unterirdische Kohlebrände, beispielsweise in China, das sogenannte Mountain-Top-Removal in den USA, der ständige Landkonflikt zwischen lokaler Bevölkerung und Bergbau-Konzernen uvm.

3 European Association for Coal and Lignite, <http://www.euracoal.org/pages/layout1sp.php?idpage=427> (abgerufen am 27. 10. 2012).

4 VDKI 2012, S. 2.



Kohlelastwagen von Cerrejón

Der hohe Energiegehalt von Steinkohle ermöglicht den Transport über größere Entfernungen. Dennoch wurde auch bei diesem Energieträger 2010 ca. 85 Prozent der Fördermenge im Erzeugerland verfeuert. 15 Prozent gelangten auf den internationalen Kohlemarkt. Zwar erscheint dieser Anteil zunächst nicht besonders hoch, doch immerhin geht es bei der gehandelten Menge noch immer um fast 1.000 Millionen Tonnen Steinkohle pro Jahr.

Der Kohle-Weltmarkt lässt sich grob in zwei große regionale Märkte unterteilen: den Pazifik-Markt und den Atlantik-Markt. In ersterem beliefern die großen Förderländer Australien und Indonesien vor allem Japan, China, Korea und Indien. Auf dem Atlantik-Markt wiederum wird hauptsächlich Steinkohle aus Russland, den USA und Kolumbien gehandelt. Hauptimporteure sind hier Deutschland, die Türkei, Großbritannien und Italien. Südafrika kann aufgrund seiner geographischen Lage gut beide Märkte bedienen.

Die kolumbianischen Steinkohlevorkommen bieten eine Reihe von wirtschaftlichen Vorzügen. Die Kohleflöze liegen oberflächennah und sind daher problemlos im Tagebau zu erschließen. Sie liegen außerdem recht nah an der Karibikküste (150-250 km bis zum Verladehafen), sodass ein guter Zugang zum atlantischen Markt gewährleistet ist. Es handelt sich größtenteils um Kraftwerkskohle unterschiedlicher Qualität. Zwar wird in Kolumbien auch in geringeren Mengen Kokskohle gefördert, dies jedoch vor allem im Landesinneren. Für Deutschland ist Kolumbien in erster Linie als Lieferant von Kraftwerkskohle interessant.

| Deutschlands Kohleimporte – Kolumbien auf dem Vormarsch

Bis einschließlich 2008 wurde der deutsche Importkohlebedarf vor allem von Südafrika, Russland und benachbarten EU-Ländern gedeckt. Doch Südafrika, lange Zeit gemeinsam mit Russland der wichtigste Lieferant für deutsche Kraftwerke, hat den Eigenverbrauch stark erhöht und seine Kohleexporte größtenteils vom atlantischen in den stark wachsenden pazifischen Markt (vor allem Indien) umgeleitet. Während Russland nach wie vor ein wichtiger Lieferant ist, hat vor allem Kolumbien seine Exporte nach Europa und insbesondere nach Deutschland stetig erhöht. Der Andenstaat hat im Sommer 2011 Russland als größten Lieferanten deutscher Kraftwerke abgelöst. Lag die Liefermenge 2004 noch bei 3,7 Millionen Tonnen, stieg sie 2011 auf über zehn Millionen Tonnen – Tendenz steigend.⁵ Kolumbien konnte dank großer Produktionssteigerungen und günstiger Preise die Lücke schließen, die Südafrika hinterlassen hatte. Deutschland ist aktuell einer der größten, möglicherweise sogar der größte Verbraucher kolumbianischer Kohle. Praktisch alle deutschen Kohle verstromenden Unternehmen beziehen Kohle aus dem südamerikanischen Land.

Kohleimporte Deutschland aus Kolumbien

2004	3.718.125 t
2005	3.068.367 t
2006	4.183.711 t
2007	5.922.966 t
2008	4.667.322 t
2009	6.486.920 t
2010	7.859.662 t
2011	10.438.263 t
2012 Jan-Aug	5.317.363 t

Einerseits spielt also Kolumbien für die deutsche Energieversorgung eine immer wichtigere Rolle. Andererseits sind die deutschen Stromversorger als Großabnehmer der Kohle aber auch wichtige Geschäftspartner der Bergbaukonzerne. Die zentrale Frage dieser Studie lautet: Profitiert Deutschland nur von der günstigen Importkohle aus Kolumbien und nimmt für die niedrigen Einkaufspreise Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen billigend in Kauf oder nehmen *E.ON*, *RWE* und andere Stromversorger ihre Rolle als wichtige Geschäftspartner dergestalt wahr, dass sie ihren Einfluss geltend machen, um die Einhaltung von nationalen und internationalen Sozial- und Umweltstandards einzufordern? Insbesondere bei Kohleimporten aus einem Land, in dem seit mehr als 50 Jahren Bürgerkrieg herrscht, stehen die Unternehmen in der Pflicht, genau hinzuschauen, was geschieht.



Cerrejón Tagebau Patilla

⁵ Online-Datenbank des Statistischen Bundesamt, Werte abrufbar unter <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/Energie/Erzeugung/Tabellen/EinfuhrSteinkohleMonatlich.html>

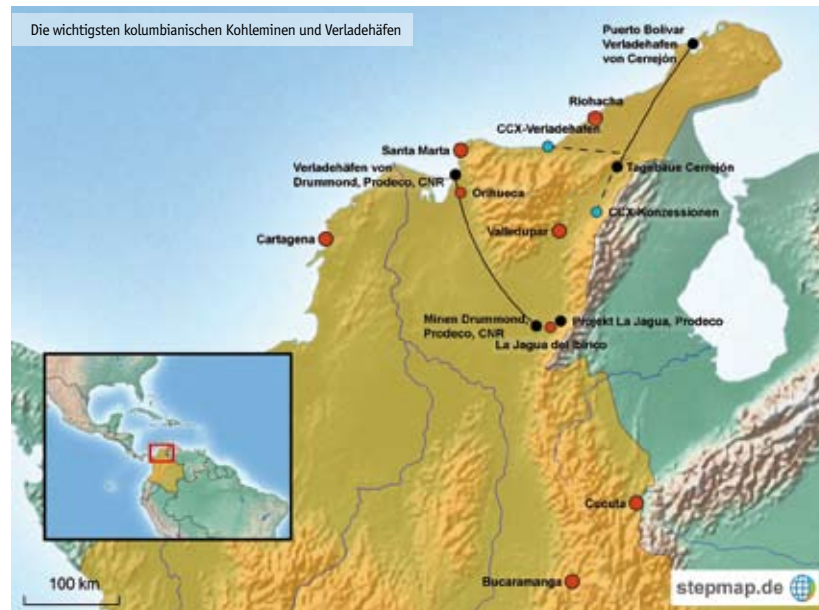
| Bergbau in Kolumbien

In Lateinamerika gelten Chile und Peru als traditionelle Bergbauländer. Trotz des enormen Reichtums an Bodenschätzen spielte dagegen in Kolumbien der Bergbausektor lange Zeit eine untergeordnete Rolle. Dies hat sich in den letzten Jahren massiv geändert. Insbesondere während der Präsidentschaft von Alvaro Uribe Vélez (2002-2010) wurden in Kolumbien große Teile der Landesfläche für Rohstoffexplorationen (u.a. Gold, Öl, Gas, Steinkohle, Kupfer, Molybdän) konzessioniert. Während in der Zeit von 1990 bis 2002 nur ca. 630.000 Hektar vergeben wurden, waren es in den beiden Amtszeiten von Uribe ca. 4.800.000 Hektar. Nach Angaben des kolumbianischen Rechnungshofes (*Contraloría*) sind aktuell landesweit ca. 6.000.000 Hektar konzessioniert. Dies entspricht ungefähr der eineinhalbfachen Größe der Schweiz. Die wahre Dimension dieses Rohstoff-Ausverkaufs verdeutlicht eine andere Zahl. Der gleiche Bericht gibt an, dass zwischen 2000 und 2010 insgesamt 67.482.895 Hektar für neue Rohstoffkonzessionen beantragt wurden. Dies entspricht 59 Prozent der kolumbianischen Landesfläche oder in etwa der Größe Frankreichs.⁶ Daher überrascht es nicht, dass die kolumbianischen Behörden bei der Vergabe und Kontrolle der Bergbaulizenzen nicht mehr Schritt halten können.

Ungeachtet der damit verbundenen Gefahren haben sowohl Ex-Präsident Uribe als auch die aktuelle Regierung von Präsident Juan Manuel Santos den Bergbausektor zur *Locomotora Minera* („Entwicklungs-Lokomotive“) erklärt und für diesen Wirtschaftszweig massiv um Investitionen aus dem Ausland geworben. Die „Entwicklungs-Lokomotive“ soll die kolumbianische Wirtschaft anschieben und zahlreiche Arbeitsplätze schaffen.

Dabei werden einseitig die angeblichen Vorteile dieser Entwicklung propagiert und die Entwicklungshemmnisse und nachhaltigen Schäden, die der (exportorientierte) Rohstoffabbau mit sich bringt, ignoriert. In vielen Teilen des Landes provozieren derzeit große Bergbauprojekte massive Landnutzungskonflikte zwischen den Bergbaukonzernen einerseits und Indigener, afrokolumbianischer und kleinbäuerlicher Bevölkerung andererseits. Im Namen der

⁶ Contraloría General de la República de Colombia, Estado de los Recursos Naturales y del Ambiente Minería y Medio Ambiente – Evaluación de la implementación de la política nacional de humedales interiores en Colombia, Bogotá 2011, S. 131.



Entwicklung gefährdet der Bergbau die Ernährungssicherheit tausender Menschen, die vom Zugang zu ihrem Land und dessen Nutzung abhängig sind. Der Export von Rohstoffen sichert nur begrenzte Zeit die Erwirtschaftung von Devisen, während der Bergbau die Existenzgrundlagen der ansässigen Bevölkerung auf unbegrenzte Zeit zerstört.

Von besonderer Tragweite ist, dass zahlreiche Bergbauprojekte in Gebieten durchgeführt werden oder vorgesehen sind, die zu den Konfliktzonen des Landes gehörten oder nach wie vor gehören. Riesige Gebiete wurden konzessioniert und an internationale Konzerne vergeben, aus denen hunderttausende Menschen infolge der Schreckenstaten von bewaffneten Gruppen, insbesondere der rechtsextremen Paramilitärs, fliehen mussten. Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen wurden zum Mittel, um sich den Zugang zu rohstoffreichen Territorien zu sichern. Staatliche Sicherheitskräfte haben diese Verbrechen in vielen Fällen toleriert oder sogar aktiv unterstützt. Die durch Gewalt erzielten Landgewinne werden auf unterschiedliche Weise legalisiert. Der Rohstoffreichtum, egal ob es sich dabei um Kohle, Öl, Gold oder andere Bodenschätze handelt, wird so für die lokale Bevölkerung oft zum Ressourcenfluch.

Cerrejón Tagebau Patilla



Der Krieg in Kolumbien

Kolumbien wird seit 50 Jahren von einem schweren Bürgerkrieg erschüttert, der bis heute zehntausende Tote und Verschwundene und knapp vier Millionen im Land Vertriebene gefordert hat. Hauptkonfliktparteien waren lange Zeit die linksgerichteten Guerrilla-Gruppen FARC-EP (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo/Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Armee des Volkes*), ELN (*Ejército de la Liberación Nacional/Nationale Befreiungsarmee*) und EPL (*Ejército Popular de Liberación/Volksbefreiungsarmee*) auf der einen sowie die staatlichen Sicherheitskräfte auf der anderen Seite. Ab Mitte der 80er Jahre traten verstärkt paramilitärische Verbände auf den Plan, die in enger Zusammenarbeit mit Armee und Polizei brutal gegen Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Akteure vorgehen und unter dem Deckmantel der Guerrilla-Bekämpfung hunderttausende Bauern und Bäuerinnen von ihrem Land vertrieben. Angeblich sollten der Guerrilla so die Rückzugsmöglichkeiten genommen werden („dem Fisch das Wasser abgraben“). Nachdem auf diese Weise die gewaltsame Gegen-Landreform in vielen Teilen des Landes erfolgreich abgeschlossen worden war, schlossen die meisten paramilitärischen Verbände Mitte des letzten Jahrzehnts ein Abkommen mit der kolumbianischen Regierung, welches ihnen weitgehende Straffreiheit bzw. vergleichsweise geringe Gefängnisstrafen garantierte. Im Gegenzug legten tausende Kämpfer die Waffen nieder. Offiziell ist das Kapitel Paramilitarismus damit beendet, doch kontrollieren Reste der alten Verbände bzw. Nachfolgeorganisationen nach wie vor weite Teile des Landes.



Konfliktgebiet Kolumbien – Leben inmitten des Konflikts

Der Konflikt in den Kohleabbaugebieten

Der Kampf um territoriale Kontrolle hing ganz wesentlich mit dem Zugang zu Nutzland und Rohstoffvorkommen zusammen. Die Kohleabbaugebiete Kolumbiens waren und sind Schauplatz des bewaffneten Konflikts. In der Guajira und im Cesar fielen tausende Menschen den Eroberungsfeldzügen des paramilitärischen *Bloque Norte (Nord-Block)* der AUC (*Autodefensas Unidas de Colombia/Vereinte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens*) zum Opfer. Dieser Mitte der Neunziger Jahre begonnene Feldzug fand in den Jahren 2001 und 2002 seinen Höhepunkt. Im März 2006 legte der *Bloque Norte* offiziell die Waffen nieder. Für tausende Kämpfer gab es nach der Eroberung der beanspruchten Gebiete keine Verwendung mehr. Allerdings stehen weite Teile der Karibikküste inklusive der Kohleabbaugebieten nach wie vor unter paramilitärischer Kontrolle. Diese wird jedoch seit der Demobilisierung sehr subtil ausgeübt und ist nicht mehr so offen sichtbar wie in früheren Jahren. Aus Angst vor dem

paramilitärischen Terror haben sich bis heute kaum zivilgesellschaftliche Akteure herausbilden können. Tausende Kleinbauern und -bäuerinnen verloren ihr Land und mussten in die großen Städte oder in andere Regionen des Landes flüchten. Die Folgen dieser Gegen-Landreform sind insbesondere im Department Cesar gut erkennbar. Viele tausend Hektar Ackerfläche werden heute nicht mehr für den Anbau von Nahrungsmitteln, sondern für den Anbau von Ölpalmen genutzt. Aus diesen wird Palmöl gewonnen, welches u.a. auch als Agrosprit nach Deutschland exportiert wird. Die Subsistenzlandwirtschaft ist von der exportorientierten Landwirtschaft verdrängt worden, was die Nahrungsmittelversorgung gefährdet. Diese prekäre Situation wird durch den beständigen Ausbau der Kohletagebaue massiv verschärft, da auch diese große Flächen landwirtschaftlichen Nutzlandes vernichten. Beispielsweise wurde in der Gemeinde La Jagua del Ibirico vor dem Beginn des Kohlebergbaus auf über 80.000 Hektar Land Reis angebaut. Heute ist die Gemeinde gezwungen, Reis aus anderen Regionen zu importieren, weil praktisch die gesamte Fläche für den Bergbau konzessioniert wurde.⁷ Sowohl für die Palmölanbaugelände als auch für die Bergbaukonzessionen gilt, dass es bis zum heutigen Tag keine umfassende, unabhängige Untersuchung darüber gegeben hat, ob es sich bei dem fraglichen Land möglicherweise um Land von vertriebenen oder ermordeten Kleinbauern gehandelt hat.

In der Folge des AUC-Demobilisierungsprozesses geriet vor allem das Unternehmen *Drummond* zunehmend unter Druck. Mehrere ehemalige Paramilitärs belasteten durch ihre Aussagen das Unternehmen und zahlreiche führende Mitarbeiter. Sie sagten aus, dass das Unternehmen durch Zahlungen in Millionenhöhe jahrelang zur Finanzierung des *Nord-Blocks* beigetragen habe. Sie führten aus, dass das Unternehmen den Aufbau der paramilitärischen Einheit *Juan Alvarez* finanziell unterstützt habe, die dann unter anderem für den Schutz der *Drummond*-Infrastruktur eingesetzt wurde. Außerdem sagten sie aus, dass führende *Drummond*-Mitarbeiter in die Morde an den Gewerkschaftern Victor Orcasita, Valmore Locarno und Gustavo Soler verwickelt gewesen sein sollen.⁸

Auch die Beteiligung des kolumbianischen Staates und der politischen Entscheidungsträger an den Verbrechen wurde bis heute nur wenig thematisiert, obwohl starke Verflechtungen offensichtlich sind. Die Verbindungen zwischen Teilen des politischen Establishments, der staatlichen Sicherheitskräfte und den paramilitärischen Einheiten waren so eng und weit verbreitet, dass insbesondere während der Regierungszeit von Ex-Präsident Uribe von einer systematischen Zusammenarbeit ausgegangen werden muss. Jedoch wird die aktuelle Regierung kaum die dringend notwendigen Untersuchungen mitsamt der erforderlichen Entschädigungs- und Rückgabeverpflichtungen durchführen. Zahlreiche Mitglieder des aktuellen Kabinetts hatten schon unter Uribe wichtige Ämter bekleidet. In diesem Glashaus wird besonders ungern mit Steinen geworfen.

⁷ Acción Social, Análisis y evaluación del marco jurídico y los procedimientos que regulan la exploración y explotación minera en Colombia, para identificar su relación con las afectaciones a los derechos patrimoniales de las comunidades campesinas y los grupos étnicos con el fin de identificar alternativas normativas, procedimentales y mecanismos comunitarios en función de salvaguardar los derechos sobre tierras y territorios, Julio Fierro Morales et al., Bogotá 29. 12. 2010, S. 138.

⁸ Los nexos de la Drummond y los paras según BamBam, <http://www.verdadabierta.com/rearmados/3125-los-nexos-de-la-drummond-y-los-paras-segun-bam-bam>, 17. März 2011 (abgerufen am 27. 10. 2012) & Blanco Maya confiesa que fue el puente entre Drummond y paras, http://verdadabierta.com/antioquia/index.php?option=com_content&id=3986 19. April 2012 (abgerufen am 27. 10. 2012).



Drummond-Verladehafen

Die Geschichte des Bergbaus in Kolumbien

Der Startschuss für den exportorientierten Steinkohleabbau in Kolumbien fiel 1975. Damals schloss das Staatsunternehmen *Carbones de Colombia* (*Carbocol*) einen Vertrag mit *Intercor*, einem Tochterunternehmen des *Exxon*-Konzerns, zur Ausbeutung der Kohlevorkommen in der Umgebung des Berggipfels Cerrejón im nordöstlichen Department La Guajira.

Der ursprüngliche Vertrag sah drei Phasen vor:

1977-1980	Exploration der Kohlevorkommen
1981-1986	Konstruktion der notwendigen Infrastruktur zur Förderung
1986-2009	Abbau der Steinkohle (die Konzession wurde mittlerweile bis 2034 verlängert)

Bereits in der Konstruktionsphase wurden mehrere Gemeinden der *Wayúu*-Indigenen vertrieben, um Platz zu schaffen für den Bau des Verladehafens und der Zugstrecke, die den Hafen mit den Kohle-Tagebauen verbindet.⁹ Die *Wayúu* sind die größte Indigene Gruppe Kolumbiens und in der Region La Guajira und den benachbarten Gebieten in Venezuela beheimatet. Im Jahr 2000 wurde das staatliche Kohleunternehmen *Carbocol* privatisiert und an ein internationales Konsortium, bestehend aus *BHP Billiton*, *Anglo American* und *Glencore*, verkauft. Dieses Konsortium erwarb zwei Jahre später auch die Anteile von *Intercor* (*Exxon*). 2006 verkaufte das Schweizer Unternehmen *Glencore* seine Anteile an den – gleichfalls Schweizer – Konzern *Xstrata*, mit dem *Glencore* aller Voraussicht nach fusionieren wird. Aktuell ist das Unternehmen *Carbones del Cerrejón Ltd* zu gleichen Teilen in der Hand der Rohstoffkonzerne *BHP Billiton*, *Anglo American* und *Xstrata*. *Cerrejón* ist aktuell der größte Steinkohleproduzent Kolumbiens mit einer Jahresproduktion von über 30 Millionen Tonnen. Diese soll in den nächsten Jahren auf bis zu 60 Millionen Tonnen pro Jahr ausgebaut werden.

Ende der 1980er Jahre begann auch im Department Cesar der Kohleabbau für den Export. Das US-amerikanische Familienunternehmen *Drummond* erwarb Abbaurechte in Kolumbien und begann 1995 mit der Steinkohleextraktion im Tagebau Pribbenow.

Später kam noch die Mine *El Descanso* hinzu. Das Unternehmen besitzt außerdem Konzessionen für weitere Kohlelagerstätten (*Similoa*, *Rincón Hondo*), die zu einem späteren Zeitpunkt ausgebeutet werden sollen. 2011 übernahm das japanische Unternehmen *Itochu* 20 Prozent der Anteile an *Drummond*. Im Jahr 2011 betrug die Produktionsmenge von *Drummond* 28 Millionen Tonnen.

Neben *Cerrejón* und *Drummond* ist vor allem der Schweizer Konzern *Glencore* für das Exportgeschäft relevant. Der Rohstoffkonzern mit Sitz im Steuerparadies Zug ist seit Mitte der 1990er Jahre im kolumbianischen Kohlesektor aktiv. 1995 erwarb *Glencore* neben den Anteilen an der *Cerrejón*-Konzession auch den kolumbianischen Kohleförderer *CI Prodeco S.A.*, dessen Konzession für die *Calenturitas*-Mine und den Verladehafen *Puerto Zúñiga*. *Glencore* stieß in den folgenden Jahren zwar seine *Cerrejón*-Anteile ab (s.o.), kaufte gleichzeitig aber immer mehr Unternehmen und Tagebaue im Department Cesar. So wurden in den Jahren 2005 bis 2007 die Unternehmen *Carbones de La Jagua*, *Consortio Minero Unido* und *Carbones El Tesoro* aufgekauft, die den sogenannten *La Jagua*-Minenkomplex bilden. Dieser liegt unmittelbar nordöstlich der Stadt *La Jagua del Ibirico*, während die *Calenturitas*-Mine etwas weiter westlich liegt. Die Aktivitäten von *Drummond* und *Glencore* haben das Department Cesar zur wichtigsten Kohleregion des Landes gemacht. Die Fusion von *Glencore* mit *Xstrata* trägt zu einer weiteren Konzentration des Kohlegeschäftes in den Händen einiger weniger Konzerne in Kolumbien bei. Im Jahr 2011 betrug die Jahresproduktion von *Glencore/Prodeco* 14 Millionen Tonnen.

In der unmittelbaren Nachbarschaft von *Drummond* und *Prodeco/ Glencore* fördert das Unternehmen *Colombian Natural Resources* (CNR) Kohle in den Minen *La Francia* und *El Hatillo*. CNR befindet sich aktuell im Besitz der US-Investmentbank *Goldman Sachs*. Im Department La Guajira steht außerdem mit dem brasilianischen Unternehmen *CCX* der nächste internationale Konzern in den Startlöchern. *CCX* gehört zum Imperium des brasilianisch-deutschen Milliardärs *Eike Batista* und möchte mit den kolumbianischen Kohlevorkommen vor allem die brasilianischen und chilenischen Kraft- und Stahlwerke von *MPX* beliefern.¹⁰ Der deutsche Energieversorger *E.ON* hat im Mai 2012 bekanntgegeben, sich umfassend

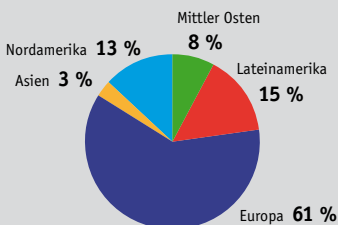
¹⁰ Ursprünglich wurden diese Konzessionen von dem brasilianischen Unternehmen *MPX* erworben, das zur *EBX*-Gruppe des deutschstämmigen Milliardärs *Eike Batista* gehört. Im Januar 2012 vereinbarten *MPX* und *E.ON* ein Joint Venture. Da sich das Joint Venture jedoch nur auf die Kohlekraftwerke von *MPX*, nicht jedoch auf die kolumbianischen Kohlevorkommen bezieht, wurden diese Aktivitäten im Mai 2012 aus dem *MPX*-Verbund herausgelöst. Das dafür verantwortliche Unternehmen heißt jetzt *CCX*.

⁹ „Bajo el Manto del carbón. Pueblos y multinacionales en las minas de El Cerrejón, Colombia“, Aviva Chomsky, Gary Leech, Steve Striffler, Bogotá 2007, S. 11ff.

an den MPX-Kraftwerksplänen in Südamerika zu beteiligen. Eine direkte Beteiligung an den Kohleabbau-Plänen ist laut *E.ON* nicht vorgesehen, doch werden die gemeinsam geplanten Kraftwerke in erster Linie mit Kohle aus den kolumbianischen Abbaustätten befeuert werden.

Vor Beginn des Kohleabbaus in der Cerrejón-Mine Mitte der 80er Jahre betrug die Gesamtfördermenge in Kolumbien weniger als 5 Millionen Tonnen pro Jahr. Seitdem wurde sie fast jedes Jahr gesteigert. Der Eigenverbrauch des Landes ist bis heute sehr gering und wird zum größten Teil durch die Produktion kleinerer Minen im Landesinneren gedeckt. 2011 lag die Jahresfördermenge bei ca. 85 Millionen Tonnen, von denen über 81 Millionen Tonnen exportiert wurden. Nachhaltige Impulse für die einheimische Wirtschaft sind infolge der Exportorientierung bislang nicht zu erkennen und auch für die Zukunft kaum zu erwarten. Ungefähr 95 Prozent der im Land geförderten Steinkohle stammt aus den Departments La Guajira und Cesar.¹¹

Kolumbianischer Kohleexport nach Regionen (2011)



Quelle: Coal Americas Nr. 244

Kolumbiens Kohle war in den letzten Jahrzehnten vor allem für den US-amerikanischen und den europäischen Markt bestimmt. 2011 nahmen die Kohleexporte in die USA ab, während gleichzeitig vor allem die europäische und von einem niedrigen Niveau ausgehend auch die lateinamerikanische Nachfrage (vor allem Brasilien und Chile) gestiegen ist. Im Jahr 2011 betrug der europäische Anteil 61 Prozent der kolumbianischen Kohleexporte.¹² Hauptimporteure waren neben Deutschland vor allem die Türkei,

Großbritannien und Italien. Von der starken Kohlenachfrage in Asien profitieren Kolumbiens Exporteure vor allem dadurch, dass sich Südafrika immer stärker auf den asiatischen Markt konzentriert und kaum noch in den atlantischen Raum exportiert. So bot sich für Kolumbien die Möglichkeit, größere Marktanteile in Europa zu erobern. Der direkte Export kolumbianischer Kohle nach Asien ist aufgrund der hohen Transportkosten aktuell kaum

wettbewerbsfähig. Der geplante Ausbau der Kohleförderung in Kolumbien auf bis zu 150 Millionen Tonnen pro Jahr bis 2020 weist jedoch darauf hin, dass sich Kolumbien mittel- bis langfristig auch in Richtung Asien orientiert, denn solche Fördermengen übersteigen die prognostizierte Nachfrage auf dem atlantischen Markt deutlich.¹³ Bei steigenden Preisen wird Kolumbien in Zukunft daher auch verstärkt den pazifischen Markt beliefern. Doch noch sind Europas Energiekonzerne die mit Abstand größten Abnehmer kolumbianischer Kohle.

Für die massive Steigerung der Kohleförderung ist eine Erweiterung oder Anpassung der dafür notwendigen Infrastruktur erforderlich, woran derzeit vielerorts gearbeitet wird. Alle großen Kohleförderer verfügen über eigene Verladehäfen. *Cerrejón* möchte die bestehende Hafenkapazität von Puerto Bolívar von ca. 32 auf 60 Millionen Tonnen pro Jahr erweitern. *CCX* baut westlich der Regionalhauptstadt Riohacha den neuen Tiefseehafen Puerto Brisas. *Glencore/Prodeco* baut mit Puerto Nuevo einen neuen Verladehafen in der Nähe der Karibik-Stadt Santa Marta, der bis spätestens Ende 2012 seinen Betrieb aufnehmen soll. *Drummond* wird in absehbarer Zeit mit dem Bau eines neuen Hafens in unmittelbarer Nähe beginnen. Für die neuen Häfen von *Glencore/Prodeco* und *Drummond* muss ein mehrere Kilometer langer Zugangskanal ausgebaggert werden, damit große Kohleschiffe diese überhaupt anlaufen können.

Die dazugehörigen Bahnstrecken sollen ebenfalls neu bzw. ausgebaut werden. *Cerrejón* wird die Kapazität der bestehenden 180 km langen Bahnlinie ausbauen. *CCX* baut eine komplett neue Bahnstrecke. *Drummond*, *Prodeco/Glencore* und *CNR* nutzen gemeinsam eine einspurige 240 km lange Bahnlinie bis an die Karibikküste bei Santa Marta, die aktuell zweigleisig ausgebaut wird. Auf die Interessen der Gemeinden, die von den Kohlezügen durchquert werden, nehmen die Unternehmen keine Rücksicht. Die umfangreichen Expansionspläne des Kohleabbaus und -transports werden die Lebenssituation vieler Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie der in direkter Umgebung der Kohleinfrastruktur lebenden Menschen weiter verschlechtern, wie im folgenden Kapitel dargelegt wird.



Drummond-Verladehafen in der Nähe der Stadt Santa Marta

¹¹ VDKI 2012, S. 86-87.

¹² Business-Newsletter Coal Americas, Ausgabe 244, 30. 1. 2012.

¹³ VDKI 2012, S. 87.



Bau des Kanals zur Umleitung des Calenturitas-Flusses

Die sozialen und ökologischen Folgen des Kohleabbaus in Kolumbien

Der Rohstoffreichtum einer Region kann – auch in Kolumbien – schnell zum Fluch für Mensch und Umwelt werden. Insbesondere Rohstoffextraktion im Tagebau geht immer einher mit einem immensen Flächenverbrauch. Auf vielen tausend Hektar müssen Menschen, Flora und Fauna den Baggern weichen. Oft werden die Rechte und Bedürfnisse der dort lebenden Menschen bei der Planung und Umsetzung eines großen Bergbauprojektes nicht ausreichend berücksichtigt. Auch der Kohlebergbau in Kolumbien ist dabei keine Ausnahme. Er hatte und hat dramatische Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung.

Energiegewinnung auf Kosten der Natur

Der Landverbrauch der kolumbianischen Kohletagebaue ist immens. Die Gesamtkonzessionsfläche des Unternehmens *Cerrejón* beträgt beispielsweise 69.000 Hektar und ist damit nur unwesentlich kleiner als die Stadtfläche Hamburgs mit 75.500 Hektar. Zwar wird nicht auf der gesamten Fläche Kohle abgebaut, doch steht diese Fläche nicht mehr zur landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung. Da die aktuelle Konzession bis zum Jahr 2034 befristet ist, wird sich an diesem Zustand in absehbarer Zeit nichts ändern. Zusätzlich sind im Department La Guajira zahlreiche weitere Konzessionen an das brasilianische Unternehmen CCX und andere Kohle- und Erdölförderer vergeben worden. Im Department Cesar verfügen die Unternehmen *Drummond*, *Prodeco/Glencore* und *CNR/Goldman Sachs* ebenfalls über mehrere zehntausend Hektar Konzessionen.

Die konkreten Abbaufächen werden vollständig zerstört. Landwirtschaftliche Nutzflächen gehen ebenso verloren wie die Primärwälder, die auf diesen Flächen stehen. Zwar hat *Cerrejón* nach eigenen Angaben mittlerweile mehr als 3.000 Hektar renaturiert, doch dabei handelt es sich um weniger als 30 Pro-

zent der zerstörten Flächen. Für die anderen Kohleförderer liegen keine konkreten Zahlen vor, ob und in welchem Ausmaß die Landschaftszerstörung ausgeglichen oder renaturiert wird. Die Zerstörung von Primärwäldern hat in jedem Fall negative Folgen für die Artenvielfalt, die auch durch Wiederaufforstung nicht wieder auszugleichen sind.

Des Weiteren müssen in den Abbauregionen zahlreiche Flüsse der Kohle weichen. *Prodeco/Glencore* hat in den letzten Jahren den Calenturitas-Fluss auf 15 Kilometern in ein neues Flussbett umgeleitet, um die gleichnamige Mine erweitern zu können. In der Folge klagten die BewohnerInnen der nahegelegenen Gemeinden darüber, dass der Fluss nun mehr Sedimente mit sich führen würde und dies schlechtere Erträge beim Fischfang zur Folge habe. Im Department Cesar sind außerdem die Flüsse Sororia und Tucuy umgeleitet worden, ohne die Auswirkungen dieser Umleitungen zu überprüfen.¹⁴ Die *Drummond*-Mine Pribbenow hat dazu geführt, dass die umliegenden Sumpfgebiete völlig verschwunden sind.¹⁵ *Cerrejón* wiederum plant, den wichtigsten Fluss des Departments La Guajira, den Rio Ranchería, auf einer Strecke von 26 Kilometern umzuleiten, um die Tagebaue nach Süden ausweiten zu können. Dass das Department zu den trockensten des Landes zählt und Wasser somit ein sehr knappes Gut ist, spielt bei dieser Entscheidung keine Rolle. Zahlreiche *Wayúu*-Gemeinden entlang des Flusslaufs wären von dieser Flussumleitung betroffen. Doch für sie ist der Fluss nicht nur eine wichtige Wasserquelle für den täglichen Bedarf, sondern ist die Lebensader der Region mit vielfältigen Nutzungen (Fischfang, Bewässerung, Erholung). Für die *Wayúu* ist er außerdem von wichtiger religiöser Bedeutung. Es steht zu befürchten, dass wieder einmal die Interessen und Rechte der Indigenen Bevölkerung übergangen werden, um die geschätzten 500 Millionen Tonnen Steinkohle unter dem Flussbett abbauen zu können.

Außerdem fallen bei Tagebauen viele Millionen Tonnen Abraum an. Die Abraumhalden verändern das komplette Landschaftsbild und reichen wie im Fall der Gemeinde El Hatillo bis an den Ortsrand.



Kinder der Gemeinde El Hatillo vor einer Abraumhalde

¹⁴ Acción Social 2010, S. 65.

¹⁵ Ebd., S. 70ff.

Ein weiteres großes Umweltproblem ist die massive Staub- und Feinstaubbelastung durch den Kohlebergbau. Anders als im Rheinischen Braunkohlerevier ist der Boden in den kolumbianischen Abbaubereichen nicht weich und somit leicht abzutragen, sondern muss mit riesigen Mengen Sprengstoff aufgebrochen werden. Die täglichen Sprengungen und der Transport von Abraum und Kohle sorgen für eine massive Staubbildung, da die Straßen in den Minen und in deren Umfeld nicht asphaltiert sind. Zwar werden die meisten Wege mit Wasser besprüht, doch bleibt die Gesamtbelastung in den umliegenden Gebieten sehr hoch. Der massive Wassereinsatz verschärft außerdem die Wasserknappheit in zahlreichen Abbauregionen.

Steinkohlebergbau inmitten des bewaffneten Konflikts

Neben den ökologischen sind auch die sozialen Folgen immens, vor allem in einem Konfliktland wie Kolumbien. Der exportorientierte Steinkohlebergbau in Kolumbien fand und findet praktisch ausschließlich in Regionen (La Guajira, Cesar) statt, die zu den Konfliktzonen des Landes zählen (siehe Seite 8). Der Krieg zwischen den verschiedenen Guerilla-Gruppierungen und den staatlichen Sicherheitskräften begleitete den Kohleabbau zu jeder Zeit und ist nach wie vor latent. Für den Schutz der Öl- und Bergbau-Infrastruktur hat der kolumbianische Staat besondere Militärbataillone (sog. *Batallones Plan Especial Energético y Vial*) aufgestellt, die im Falle des Kohlebergbaus sowohl die Minen als auch die Bahnlinien und Verladehäfen schützen sollen und in der Regel in unmittelbarer Nähe der Minen Militärbasen unterhalten. Die Zahl dieser Bataillone soll 2013 von derzeit elf auf dann 18 erhöht werden.¹⁶ Die Kohleproduzenten sind dadurch in jedem Fall als konfliktrelevante Akteure anzusehen, weil ihre Präsenz zur Militarisierung des Landes beiträgt. Ihr Handeln hatte und hat Auswirkungen auf den bewaffneten Konflikt. Daraus erwächst eine besondere Sorgfaltspflicht.¹⁷ Es gibt zahlreiche Belege, dass die Unternehmen diese besondere Sorgfaltspflicht nicht eingehalten haben. Besonders skandalös ist in diesem Zusammenhang das Verhalten des US-Konzerns *Drummond*, der zum Schutz der eigenen Einrichtungen zwischen 1997 und 2006 paramilitärische Einheiten finanziert haben soll, obwohl zu jeder Zeit klar war, dass diese Einheiten für den Tod und die Vertreibung hunderttausender Kolumbianer verantwortlich waren.¹⁸

Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen zugunsten des Kohlebergbaus

Schon Anfang der 1980er Jahre führte die Konstruktion der *Cerrejón*-Mine, der Bahnstrecke und des Verladehafens Puerto Bolívar für den Export der geförderten Kohle zur Vertreibung mehrerer Gemeinden, die die für den Bau benötigten Gebiete bewohnten, darunter Manantial, Caracolí, Espinal und Saharita.¹⁹

9. August 2001: Die Vertreibung der Menschen von Tabaco

Ins Licht der Öffentlichkeit rückte *Cerrejón* vor allem nach der gewaltsamen Vertreibung der Bevölkerung des Ortes Tabaco am 9. August 2001. Die dort ansässige afrokolumbianische Gemeinde musste dem Ausbau der Mine weichen. Da sich die Menschen aufgrund der ungeklärten Umsiedlungs- und Entschädigungsfrage weigerten, den Ort zu verlassen, rückten private Sicherheitskräfte und die kolumbianische Polizei in den Ort ein, vertrieben die Menschen und zerstörten deren Häuser. Heute – über elf Jahre nach der Vertreibung – ist das ehemalige Gemeindegebiet zur Abraumhalde für den nahegelegenen Tagebau Tabaco geworden. Während die Kohleförderung auf dem vormals zu Wohnzwecken genutzten Gebiet reibungslos anlaufen konnte, warten die Betroffenen noch immer auf ihre Neuansiedlung in der Region. Zwar wurde am 12. Dezember 2008 unter internationalem Druck ein Abkommen zwischen einigen Betroffenen und *Cerrejón* getroffen. Darin verpflichtet sich das Unternehmen unter anderem, die Menschen zu entschädigen und ein Grundstück für die Neuansiedlung zu erwerben und zu erschließen. Doch die Menschen haben noch immer keine neue Heimat gefunden. Zwar ist *Cerrejón* nicht allein Schuld an dieser unbefriedigenden Situation. Auch die zuständige Gemeinde Hatónuevo trägt eine Mitschuld. Doch in der Summe müssen die BewohnerInnen Tabacos eindeutig zu den VerliererInnen des Kohleabbaus gezählt werden, da sie auch elf Jahre nach der Vertreibung noch keine neue Heimat gefunden haben. Schlimmer noch: Die Gemeinde ist aufgrund der langjährigen, zermürenden Verhandlungen mit dem Unternehmen und Verzögerungen bei der Umsetzung des Abkommens mittlerweile gespalten. Während ein Teil der Gemeindeglieder den Prozess fortführt, betrachtet ein anderer Teil diesen mittlerweile als Farce. Ein oft beobachtetes Phänomen in Bergbauregionen: Ziehen sich Umsiedlungs- oder Entschädigungsverhandlungen in die Länge, führt dies oft zur Spaltung der Gemeinden. Dies wiederum schwächt die Position der Betroffenen. Ein klassischer Fall von *divide et impera*, bei dem diese Absicht in der Regel sehr schwer nachzuweisen ist.

Mord und Vertreibung zugunsten der Kohle: Die Fälle El Prado und Mechoacán

Im Department Cesar ist die Situation noch ernster. Viele Tausend Kleinbauern und -bäuerinnen wurden in den letzten 20 Jahren durch paramilitärische Einheiten von ihrem Land vertrieben. Auf vielen Hektar geraubten Landes werden mittlerweile Ölpalmen angebaut. Doch auch die reichen Kohlevorkommen in der Region weckten das Interesse der bewaffneten Gruppen. So wurden nach Aussagen des inhaftierten Paramilitärs Alcides Mattos Tabares, alias *El Samario*, ab 1999 18 Menschen ermordet und zahlreiche Bauernfamilien von den Grundstücken El Prado und Mechoacán vertrieben. Später gaben sich die Täter als rechtmäßige Besitzer des Landes aus und verkauften es an die Bergbaukonzerne, die dort Kohle abbauen wollen.²⁰ Das Gebiet von El Prado ist vor allem für *Prodeco/Glencore* (Mine Calenturitas) und *Drummond* (Mine El Descanso) wichtig. Mitte Oktober 2012 bestätigte der Oberste Gerichtshof Kolumbiens ein Urteil aus dem Jahr 2011, welches *Prodeco/Glencore* und die zuständige staatliche Landbehörde *INCODER* dazu ver-

16 Colombia prepara nuevos siete batallones del Ejército, 10. August 2012, <http://espanol.upi.com/Politica/2012/08/10/Colombia-prepara-nuevos-siete-batallones-del-Ejercito/UPI-19541344621049/> (abgerufen am 27. 10. 2012)

17 Der UN-Sonderbeauftragte für Wirtschaft und Menschenrechte, John Ruggie, sprach in diesem Zusammenhang von der erhöhten Sorgfaltspflicht in Konfliktregionen (enhanced due diligence in conflict regions).

18 La economía de los paramilitares – Redes de corrupción, negocios y política, Mauricio Romero Vidal et al., Medellín 2011, S. 182ff.

19 Chomsky, Leech, Striffler, S. 27

20 La versión de 'Samario' sobre la Drummond y los paras, <http://www.verdadabierta.com/nunca-mas/177-entrevista/2918-la-version-de-samario-sobre-la-drummond-y-los-paras>, 13. 12. 2010 (abgerufen am 27. 10. 2012).

urteilt hatte, 1.232 Hektar Land an die Vertriebenen von El Prado zurückzugeben. Doch weder Unternehmen noch Landbehörde haben dem Urteil bislang Folge geleistet. Die Lage ist nach wie vor kritisch. Ludis Pedraza, die Anwältin der Vertriebenen, erhielt am 18. Oktober 2012 eine schriftliche Morddrohung von Unbekannten.²¹

Umstrittene Zwangsumsiedlungen bei Cerrejón

Gewaltsame Vertreibungen durch illegale bewaffnete Gruppen scheinen aktuell auch aufgrund des starken nationalen und internationalen Interesses der Vergangenheit anzugehören. Doch auch die sogenannten „legalen“ Zwangsumsiedlungen bergen reichlich Konfliktpotenzial. Aktuell ist dies auch bei der Umsiedlung der Gemeinden Roche, Patilla, Chancleta und Tamaquitos zu beobachten. Bei den ersten drei handelt es sich um afrokolumbianische Gemeinden, die am südlichen Rand des Cerrejón-Tagebaus Patilla liegen. Die Menschen aus diesen Orten warteten seit Ende der 1990er Jahre auf ihre Umsiedlung, weil ihr Land für die geplante Erweiterung der Cerrejón-Mine benötigt wird. In den letzten Jahren verloren die BewohnerInnen weitgehend den Zugang zu ihrem Acker- und Weideland, weil dies in den Besitz des Unternehmens übergegangen war. Die Menschen mussten bzw. müssen somit den Verkauf ihres Besitzes und ihre Umsiedlung mit dem Unternehmen aushandeln, obwohl sie ihre Lebensgrundlage bereits weitgehend verloren hatten. Viele Menschen waren gezwungen, die Gemeinde vorzeitig zu verlassen, ohne angemessen entschädigt worden zu sein. In der Gemeinde Roche wurden am Ende lediglich 25 Familien anerkannt, die einen Anspruch auf Entschädigung und Umsiedlung haben. Während die meisten dieser Familien mittlerweile in ihr neues,

semiurbanes Zuhause umgesiedelt wurden, harren einige Familien nach wie vor im alten Ort aus, weil sie insbesondere das ihnen zur Verfügung gestellte Landstück in der neuen Gemeinde für zu klein halten, um dort die traditionelle Rinderzucht weiter betreiben zu können. Mittlerweile mehren sich die Gerüchte in der Region, dass diese Familien in absehbarer Zeit zwangsgeräumt werden sollen. Viele ehemalige Be-

wohnerInnen von Roche haben sich zudem in der Organisation ASOROCEROS zusammengetan, um für ihre Rechte zu kämpfen. Nach ihren Angaben lebten in Roche ursprünglich 400 Familien. Die Umsiedlung von nur 25 Familien empfinden viele als einen Schlag ins Gesicht. Die Indigene Bevölkerung der Gemeinde Tamaquitos befindet sich nach wie vor in Umsiedlungsverhandlungen mit Cerrejón. Die Menschen müssen ihr Land verlassen, weil die Mine den Ort praktisch von der Außenwelt abgeschnitten hat.



Diskussion mit BewohnerInnen der Gemeinde Plan Bonito während der FIAN-Recherchereise 2011

Leben umringt von Kohletagebauen: Die Umsiedlung der Gemeinden El Hatillo, Boquerón und Plan Bonito

Doch nicht nur Cerrejón ist für Zwangsumsiedlungen verantwortlich. Die Auswirkungen des Kohleabbaus auf die Gemeinden El Hatillo, Plan Bonito und Boquerón sind derart gravierend, dass sich das kolumbianische Umweltministerium im Jahr 2010 gezwungen sah, die Umsiedlung dieser Gemeinden anzuordnen.²² Adressaten der ministeriellen Verfügung waren in diesem Fall die Unternehmen Drummond, Prodeco/Glencore und Colombian Natural Resources.²³ Die staatlich angeordnete Umsiedlung war ein Novum in der kolumbianischen Geschichte. Erstmals griff ein Ministerium zu diesem drastischen Mittel. Die genannten Gemeinden werden praktisch von den Tagebauen der drei Unternehmen eingekreist. Nach Untersuchungen der lokalen Behörden führte die hohe Staub- und Feinstaubbelastung insbesondere in El Hatillo zu zahllosen Atemwegserkrankungen bei den BewohnerInnen. Viele Einheimische haben ihre Lebensgrundlage verloren, weil die Minen ihr Ackerland geschluckt haben. Außerdem wurde ihnen der Zugang zum Fluss Calenturitas, der wichtigsten Wasserquelle der Gegend, erschwert. Der Kohleabbau beeinträchtigt somit in vielfältiger Weise die Lebensgrundlage der Menschen.

Doch die verantwortlichen Unternehmen ließen die Fristen verstreichen. Die Gemeinde Plan Bonito hätte laut Verfügung bis zum 15. September 2011 umgesiedelt sein müssen, die anderen zwei Gemeinden bis zum 15. September 2012. Zwar waren die gesetzten Fristen in der Tat sehr kurz, um eine Umsiedlung angemessen durchzuführen, doch taten sich die Unternehmen auch nicht durch

²² Resolution 0970 vom 20. Mai 2010, Ministerio de Ambiente, Vivienda y Desarrollo Territorial, http://www.minambiente.gov.co/documentos/res_0970_200510.pdf (abgerufen am 27. 10. 2012).

²³ Ursprünglich gehörte eine der Minen, der Tagebau Hatillo, dem brasilianischen Unternehmen Vale. In der Zwischenzeit hat Vale diese Mine jedoch an CNR verkauft, sodass in diesem Text nur die drei verbliebenen Unternehmen erwähnt werden.

²¹ No hay restitución de tierras, <http://www.elespectador.com/opinion/columna-382666-no-hay-restitucion-de-tierras>, 22. Oktober 2012 (abgerufen am 27. 10. 2012).

besonderes Engagement hervor. Erst im Dezember 2011 begann die von den vier Unternehmen beauftragte Firma *FONADE* mit dem Zensus, der die Grundlage für die Umsiedlung ist. 2012 wurde *FONADE* dann durch das kanadische Unternehmen *rePlan* ersetzt. Zeitgleich fechten die Unternehmen die staatliche Verfügung vor Gericht an, um die kostspieligen Umsiedlungen doch noch zu verhindern bzw. zu minimieren. Das Kräftemessen zwischen den Konzernen und dem kolumbianischen Staat wird dabei auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen. Zwar fördern die vier Unternehmen mehr als 40 Millionen Tonnen Steinkohle pro Jahr, doch bei der Umsiedlung von nur 1.100 Menschen kämpfen sie um jeden Peso. Sieht so Corporate Social Responsibility, die soziale Unternehmensverantwortung aus?

Der Kohletransport: Albtraum für die AnwohnerInnen

Nicht nur der Abbau, sondern auch der Transport der Kohle führt zu massiven Problemen. Die Bahnstrecken durchschneiden zahlreiche Ortschaften, ohne dass die lokale Bevölkerung ausreichend vor den 120-160 Waggons langen Zügen geschützt würde. Insbesondere die von *Drummond*, *Prodeco/Glencore* und *CNR* genutzte Zugstrecke entwickelt sich zunehmend zu einem Albtraum für die AnwohnerInnen. Aktuell wird die Strecke auf zwei Gleise ausgebaut, obwohl schon jetzt alle dreißig Minuten ein Zug durch die Ortschaften donnert. Die unzureichende Sicherung der Strecke stellt bereits heute eine gewaltige Gefahrenquelle dar. Nach Angaben der Aufsichtsbehörde für Häfen und Transportwesen (*Superintendencia de Puertos y Transporte*) gab es allein zwischen 2008 und 2011 283 Unfälle mit 25 Toten.²⁴

Ortschaft Orihueca – durchschnitten von der Kohlebahn



²⁴ „En vías de Fenoco se han registrado 25 muertes en 4 años“ <http://www.portafolio.co/negocios/vias-fenoco-se-han-registrado-25-muertes-4-anos>, 20. Juni 2012 (abgerufen am 27. 10. 2012).

Recht vs Macht: Der rechtliche Rahmen zum Schutz der Indigenen und afrokolumbianischen Bevölkerung

Die Indigene und afrokolumbianische Bevölkerung gehört seit Jahrhunderten zu den Leidtragenden der wirtschaftlichen Entwicklung in Kolumbien.²⁵ Ihre Lebensweise, die eng verknüpft ist mit dem Zugang zu Land, wurde und wird vor allem bedroht durch die ständige Ausweitung von agroindustriellen Betrieben und Bergbau-Projekten. Viele Gemeinschaften kämpfen dabei ums nackte Überleben. Aus diesem Grund wurden auf nationaler und internationaler Ebene verschiedene Sonderrechte, Verträge und Konventionen verabschiedet, die diesem Umstand Rechnung tragen und helfen sollen, die Rechte der Betroffenen besser zu schützen.

Auf nationaler Ebene wurden diese Rechte in der kolumbianischen Verfassung von 1991 allgemein festgeschrieben.²⁶ Im gleichen Jahr hat Kolumbien die *ILO-Konvention 169*²⁷ zum Schutz der Indigenen Völker ratifiziert. Durch die Verfassung und die *ILO-Konvention* verfügen diese Gemeinschaften über kollektive Landrechte und müssen zwingend konsultiert werden bei Projekten, die Auswirkungen auf ihre Territorien haben. Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft nach wie vor eine große Lücke. Einzig das kolumbianische Verfassungsgericht hat sich in den letzten Jahren positiv hervorgetan beim Schutz Indigener und afrokolumbianischer Rechte. So erklärte es die im Jahr 2010 reformierte Bergbaugesetzgebung²⁸ für nicht verfassungsgemäß, weil die Indigenen Gemeinschaften nicht konsultiert worden waren. Doch muss festgestellt werden, dass auch die Ratifizierung der *ILO-Konvention 169* durch Kolumbien nicht dazu geführt hat, dass die Betroffenen ausreichend geschützt werden. Dies liegt zum einen daran, dass die praktische Umsetzung der Konsultationen nicht klar genug geregelt ist. Im *Dekret 1320*²⁹ aus dem Jahr 1998 wurde festgelegt, wie die Konsultationen im Vorfeld großer Bergbauprojekte ausgeführt werden müssen. Die Bestimmungen sind umstritten, weil sie ungenau vorgeben, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Umständen Konsultationen durchgeführt werden müssen. Dies erhöht die Missbrauchsgefahr durch die Konzerne. Gleichzeitig versäumen diese keine Gelegenheit, um öffentlichkeitswirksam zu verkünden, dass die Bestimmungen der *ILO-Konvention* und anderer internationaler Abkommen eingehalten werden. Skepsis ist durchaus angebracht. Laut einer Untersuchung von *Oxfam* hat keine der mehr als 300 zwischen 1994 und 2010 in Kolumbien durchgeführten Konsultationen Indigener oder

²⁵ Vgl. hierzu „Pueblos indígenas: diálogo entre Culturas“, Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo – PNUD, http://pnud.org.co/img_upload/61626461626434343535373737353535/2012/cuaderno_indigenas.pdf, April 2012 (abgerufen am 27. 10. 2012)

²⁶ Paragraph 330 der kolumbianischen Verfassung legt fest, dass die Ausbeutung von Bodenschätzen auf indigenem Territorium deren kulturelle, soziale und wirtschaftliche Integrität nicht gefährden darf und dass die Regierung die Partizipation der Repräsentanten der betroffenen Gemeinschaften in Bezug auf die zu treffenden Entscheidungen sicherstellt. <http://pdba.georgetown.edu/Constitutions/Columbia/col91.html> (abgerufen am 27. 10. 2012).

²⁷ Kolumbien hat die ILO Konvention 169 am 7. August 1991 ratifiziert.

²⁸ Die Reform des Código de Minas, der Bergbaugesetzgebung, erfolgte durch das Gesetz 1382 von 2010. Das Gericht kippte dieses Gesetz im Jahr 2011. Vgl. „Corte tumba reforma a Código de Minas“, <http://www.elspectador.com/noticias/judicial/articulo-269205-corte-tumba-reforma-codigo-de-minas>, 11. Mai 2011 (abgerufen am 27. 10. 2012).

²⁹ Dekret 1320 von 1998, http://www.setianworks.net/indepazHome/attachments/137_443_D-1320.pdf (abgerufen am 27. 10. 2012).

afrokolumbianischer Gemeinschaften die nationalen und internationalen Standards wirklich eingehalten.³⁰

Aktuell wird in diesem Zusammenhang vor allem die Vorgehensweise von *Cerrejón* bezüglich der Minenerweiterung und der damit verbundenen Umleitung des Ranchería-Flusses kritisiert. *Cerrejón* arbeitet im Department La Guajira, wo ca. 45 Prozent der Bevölkerung Wayúu-Indigene sind. Außerdem gibt es zahlreiche afrokolumbianische Gemeinschaften in der Abbau-region. In Bezug auf die vorgesehene Expansion der *Cerrejón*-Mine haben die Unternehmensverantwortlichen im September 2011 gegenüber FIAN und anderen internationalen Organisationen klar artikuliert, dass alle betroffenen Indigenen Gemeinschaften ordnungsgemäß konsultiert würden und im Falle einer Ablehnung des Projektes durch eine oder mehrere der Gemeinschaften die Erweiterung nicht durchgeführt würde. Wenige Wochen später relativierte der CSR-Verantwortliche Carlos Franco diese Aussagen und stellte klar, dass *Cerrejón* nicht verpflichtet sei, einen Konsens mit den Betroffenen zu erzielen, sondern diese lediglich konsultieren müsse.³¹

Laut *Cerrejón* wurden schon mehr als einhundert Gemeinschaften konsultiert. Nach Unternehmensangaben handelt es sich bei diesen Treffen, die unter Mitwirkung staatlicher Stellen durchgeführt werden, um sogenannte „Vor-Konsultationen“ (*pre consultas*). Mehrere Indigene Gemeinschaften haben diese Vor-Konsultationen scharf kritisiert. Sie werfen dem Unternehmen vor, in den Gemeinschaften Geschenke zu verteilen und sich so die Zustimmung zu dem Erweiterungsprojekt zu erkaufen. Der kolumbianische Senator Jorge Robledo kritisierte des Weiteren, dass Zustimmung zu einem Projekt eingeholt wird, für das nach wie vor kein offizieller Antrag inklusive Umweltverträglichkeitsprüfung durch das Unternehmen vorgelegt wurde, wie dies das *Dekret 1320* eindeutig fordert. Die Betroffenen müssten somit über ein Projekt befinden, dessen Ausmaß und Konsequenzen völlig unklar seien.³² Die Gemeinde Provincial ist im Sommer 2012 offiziell aus diesem Konsultationsverfahren ausgestiegen. Und obwohl das Unternehmen bereits im Jahr 2011 den Bericht *Liwo'uyaa*³³ vorgelegt hatte, in dem die Umleitung des Ranchería-Flusses zum Zweck der Minenerweiterung präsentiert wurde, ruderte *Cerrejón*-Chef Roberto Junguito im Sommer 2012 zurück und sagte, dass man kein Projekt durchführen werde, welches die Nachhaltigkeit des Ranchería gefährden würde.

In der internationale Wirtschaftspresse haben die *Cerrejón*-Anteilseigner *Anglo American*, *BHP Billiton* und *Xstrata* die Erweiterung aber bereits vor vielen Monaten bekannt gegeben. Es entsteht der Eindruck, dass das Unternehmen die Erweiterung inklusive Flussumleitung längst beschlossen hat, nun aber den Sachverhalt bewusst herunterspielt. Von einer freien, informierten, vorherigen Konsultation kann keine Rede sein. Vielmehr erweckt die Vorgehensweise den Eindruck, als wolle sich

das Unternehmen die Zustimmung zur Erweiterung erkaufen und potenzielle KritikerInnen für sich gewinnen, bevor klar ist, welche Konsequenzen die Flussumleitung tatsächlich haben wird.

Wie aber kann der unzureichende Schutz der Rechte Indigener Gemeinschaften verbessert werden? Ein erster wichtiger Schritt wäre die Umsetzung der *UN-Erklärung über die Rechte Indigener Völker* von 2007 in kolumbianisches Recht. Diese sieht vor, dass Indigene Völker nicht nur konsultiert werden müssen, sondern dass deren freiwillige und in Kenntnis der Sachlage erteilte Zustimmung eingeholt werden muss.³⁴

Abgesehen davon stellt sich die Frage, wie die Rechte der nicht-Indigenen Landbevölkerung im Zusammenhang mit Bergbauprojekten besser geschützt werden können? Kleinbauern und -bäuerinnen haben ebenfalls häufig mit den Auswirkungen des Kohleabbaus zu kämpfen. Da diese Menschen in vielen Fällen nicht über offizielle Landtitel verfügen, sondern Brach- oder Staatsland oft seit vielen Generationen bewirtschaften, droht ihnen die entschädigungslose Enteignung zugunsten der Bergbaukonzerne. Wie die Umsiedlungen im Umfeld der *Cerrejón*-Mine gezeigt haben, werden oft nur sehr wenige Menschen als entschädigungsberechtigt anerkannt. Es sollte sichergestellt werden, dass bei Zwangsumsiedlungen nicht nur legale Landtitel anerkannt werden, sondern auch legitime Landnutzungsrechte, wie dies in den *Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern* des UN-Komitees für Welternährungssicherheit dargelegt ist.³⁵ Die deutsche Bundesregierung hat diesen Richtlinien zugestimmt und sollte sich daher auch für deren Umsetzung im Zusammenhang mit dem kolumbianischen Steinkohlebergbau einsetzen. Wichtig ist des Weiteren, die Partizipationsmöglichkeiten der betroffenen Landbevölkerung generell zu stärken, damit Rohstoffextraktionsprojekte nicht über deren Köpfe hinweg durchgesetzt werden können.

30 Oxfam-Studie, Seite 10, www.convergenciainc.org/files/SistematizaciondeProcesos.pdf

31 Brief von Carlos Franco, *Cerrejón*-Verantwortlicher für Sozialstandards und Internationale Beziehungen, an FIAN und andere, 11. 11. 2011.

32 Rede von Senator Jorge Enrique Robledo vor der 5. Kommission des Senats, 10. 10. 2012, <http://www.youtube.com/watch?v=5AmUl18pejI> (abgerufen am 27. 10. 2012).

33 Das Dokument liegt FIAN in gedruckter und digitaler Form vor.

34 UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker, Art. 32: "1. Indigene Völker haben das Recht, Prioritäten und Strategien für die Erschließung oder Nutzung ihres Landes oder ihrer Gebiete und sonstigen Ressourcen zu bestimmen und zu entwickeln. 2. Die Staaten verständigen sich und kooperieren nach Treu und Glauben mit den betroffenen indigenen Völkern, über deren eigene repräsentative Institutionen, um ihre freiwillige und in Kenntnis der Sachlage erteilte Zustimmung zu erhalten, bevor sie ein Projekt genehmigen, das sich auf ihr Land oder ihre Gebiete und sonstigen Ressourcen auswirkt, insbesondere im Zusammenhang mit der Erschließung, Nutzung oder Ausbeutung von Bodenschätzen, Wasservorkommen oder sonstigen Ressourcen. [...]" <http://www.humanitaeres-voelkerrecht.de/ERIV.pdf> (abgerufen am 27. 10. 2012).

35 „Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security“, Food and Agriculture Organization of the United Nations, insbesondere Artikel 4.5 & 16, <http://www.fao.org/docrep/016/i2801e/i2801e.pdf> / vgl. auch: „Richtlinien zur Gewährleistung des Zugangs zu Land - Überblick über die neuen „Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern im Rahmen der nationalen Ernährungssicherheit“. Potenziale und Herausforderungen der Umsetzung“, Berlin, Juni 2012, http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/AG_Landwirtschaft_Ernaehrung/studie_richtlinien_web_2_.pdf (abgerufen am 27. 10. 2012).

| Die Situation der ArbeitnehmerInnen im Kohlebergbau

Regierung und Bergbaukonzerne verweisen immer wieder darauf, dass der Kohleabbau tausende Arbeitsplätze schafft. Die Kohlearbeitergewerkschaften *SINTRAMIENERGETICA* und *SINTRACARBON* weisen jedoch darauf hin, dass auch die Situation vieler Beschäftigter problembehaftet und prekär ist.

Häufige Unfälle mit tödlichen Folgen

Die Gewerkschaften beklagen die zum Teil sehr langen und strapaziösen Schichten. So arbeiten die Fahrer der Kohlezüge und Kohle-LKW nach Angaben von *SINTRAMIENERGETICA* in der Regel pro Schicht zwölf Stunden, zum Teil unter großem Zeitdruck. Erschwerend kommt hinzu, dass viele Arbeiter nicht direkt bei den Bergbauunternehmen angestellt sind, sondern über Drittfirmen beschäftigt werden. Allein im Department Cesar trifft dies auf 64 Prozent der Mitarbeiter zu.³⁶ Die Gewerkschaften kritisieren, dass die langen Schichten und die oftmals unzureichende Ausbildung der LeiharbeiterInnen das Unfallrisiko signifikant erhöhen. Zahlreiche Unfälle mit Toten und Verletzten, auch in der jüngeren Vergangenheit, unterstreichen diese Befürchtung. So starben am 3. April 2011 vier Arbeiter, als zwei Kohlezüge von *Prodeco/Glencore* und *Vale* auf der eingleisigen Strecke in der Nähe der Gemeinde Guamachito frontal zusammenstießen.³⁷ Wenige Tage später starb ein Arbeiter bei *Prodeco/Glencore*, als er sich mit seinem Fahrzeug überschlug.³⁸ Auch bei *Cerrejón* kam es zu gravierenden Unfällen. Am 4. August 2010 starben vier Leiharbeiter, als das Podest bei der Reinigung eines Kohlesilos zusammenbrach. Es gab außerdem zahlreiche Schwerverletzte.³⁹ Allein bei *Drummond* waren im Laufe der Jahre bis Oktober 2012 schon 16 Tote zu beklagen.

Kohlebagger im Abbaubereich der Firma Prodeco



³⁶ Acción Social 2010, S. 115.

³⁷ En vías de Fenoco se han registrado 25 muertes en 4 años, <http://www.elheraldo.co/region/choque-de-trenes-en-zona-bananera-4-muertes-15434>, 20. Juni 2012 (abgerufen am 27. 10. 2012)

³⁸ Técnico de maquinaria pesada murió en la mina Calenturita, <http://sintramienergeticanacional.blogspot.de/2011/05/tecnico-de-maquinaria-pesada-murio-en.html>, 3. Mai 2011 (abgerufen am 27. 10. 2012).

³⁹ Accidente laboral en Cerrejón deja cuatro muertos y 12 heridos, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-7845761>, 5. August 2010 (abgerufen am 27. 10. 2012)

Gesundheitsschäden der KohlearbeiterInnen

Doch auch ohne Unfälle führt die Arbeit in den Minen oft zu massiven Gesundheitsschäden. Gewerkschaftsmitglieder beklagen, dass hunderte Minenarbeiter unter chronischen Wirbelsäulenproblemen oder Atemwegs- und Lungenerkrankungen leiden. Die Gewerkschaft *SINTRACARBON* hat aus diesem Grund eine Klage gegen *Cerrejón* eingereicht. Bei *Drummond* haben sich zahlreiche ehemalige Arbeiter in der Vereinigung *ASOTRED* (*Asociación de trabajadores enfermos en la Drummond*) zusammengeschlossen und kämpfen für eine angemessene Gesundheitsversorgung und Entschädigung.



Die schwierige Lage der Gewerkschaften

Die geschilderten Zustände zeigen, dass die gewerkschaftliche Organisation der ArbeiterInnen wichtig ist, um für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen zu können. Die Gewerkschaften der Kohlearbeiter gehören zu den wenigen, aktiven zivilgesellschaftlichen Akteuren in den Abbauregionen. Der Organisationsgrad der Beschäftigten in den Kohleminen ist verhältnismäßig hoch, trotz der nach wie vor extrem gefährlichen Situation für kolumbianische Gewerkschaftsfunktionäre. Seit vielen Jahren ist Kolumbien das gefährlichste Land für Arbeitnehmer-VertreterInnen. Nirgendwo sonst wurden so viele Gewerkschafter ermordet wie dort. Es lassen sich zwei Gewerkschaften unterscheiden:

SINTRACARBON: Diese Gewerkschaft vertritt die Rechte der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bei *Cerrejón*. Allerdings gibt es bei *Cerrejón* neben den direkt beim Unternehmen angestellten Arbeitern auch tausende Leiharbeiter von Fremdunternehmen, die größtenteils nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Nach Angaben von *Sintracarbon* wird vielen Arbeitern der Fremdfirmen die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft erschwert. Die Bezahlung und die soziale Absicherung dieser ArbeitnehmerInnen sind oft deutlich schlechter als bei den direkt Beschäftigten von *Cerrejón*.

SINTRAMIENERGETICA: Die zweite große Kohlegewerkschaft vertritt die Kohlearbeiter im Department Cesar, also vor allem jene der Unternehmen *Drummond* und *Prodeco/Glencore*. Zwar gibt es im Cesar seit kurzer Zeit auch Arbeiter, die über *SINTRACARBON* organisiert sind, doch nach wie vor ist dort *SINTRAMIENERGETICA* die stärkste Gewerkschaft. Ähnlich wie bei *Cerrejón* sind auch bei *Drummond* und *Prodeco/Glencore* nicht alle ArbeiterInnen gewerkschaftlich organisiert. Nach Angaben der Gewerkschaft unternimmt vor allem *Prodeco/Glencore* aktive Schritte, um die Gewerkschaftsmitgliedschaft zu verhindern. Bemerkenswert ist, dass die Zahl der Streiks sowie die Intensität der Arbeitskämpfe signifikant zugenommen haben, seit *Glencore* die Unternehmen übernommen hat. Die Fronten sind verhärtet. Hauptstreitpunkt ist dabei, dass *Glencore/Prodeco* im Rahmen des *Projektes La Jagua* drei nominell von einander unabhängige Unternehmen betreibt, die jedoch faktisch zusammen gehören (siehe Kap. 9). Die Gewerkschaft versucht zu erreichen, dass die Einzelunter-

nehmen zu einer Unternehmensgruppe zusammengefasst werden, damit alle ArbeiterInnen die gleichen Arbeitsbedingungen bekommen. Mehrere Streiks wurden in den vergangenen Jahren gewaltsam beendet. Im Juli 2012 traten die Arbeiterinnen erneut in den Ausstand.



Die ermordeten Gewerkschafter Victor Orcasita, Valmore Locarno und Gustavo Soler Foto: © Aviva Chomsky

Die Ermordung von Valmore Locarno, Victor Orcasita und Gustavo Soler

Doch wer sich für bessere Arbeits- und Gesundheitsbedingungen einsetzt, lebt gefährlich. Im Jahr 2001 wurden innerhalb weniger Monate Victor Orcasita, Valmore Locarno und Gustavo Soler, drei führende Mitglieder der Gewerkschaft *SINTRAMIENERGETICA* ermordet. Orcasita und Locarno wurden am 12. März 2001 verschleppt. Der Bus, der sie von der Arbeitsschicht zurück in die nahegelegene Stadt Valledupar bringen sollte, wurde von Paramilitärs gestoppt. Die beiden Gewerkschafter wurden gezielt aus dem Bus geholt und ermordet. Soler wurde sieben Monate später auf ähnliche Weise ermordet. Die Beweise gegen *Drummond* sind erdrückend. So sollen führende Mitarbeiter des Unternehmens in die Mordpläne verwickelt gewesen sein.⁴⁰ Nach wie vor sind GewerkschafterInnen Ziel von Morddrohungen und Übergriffen. Erst im Mai 2012 erhielten Mitglieder von *SINTRAMIENERGETICA* Einladungen zu ihrer eigenen Beerdigung.⁴¹

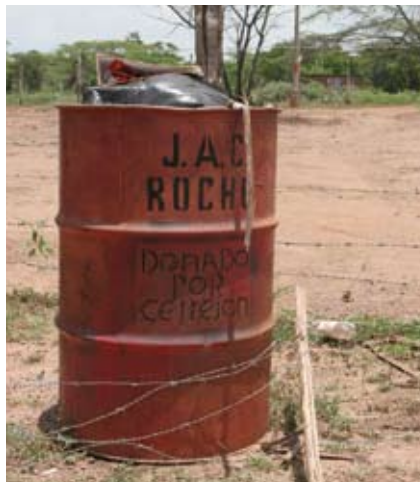


Überall Mülleimer: eine CSR-Maßnahme der Unternehmen

| Taugt der Bergbau als Entwicklungsmotor?

Die Vision des kolumbianischen Präsidenten Francisco Santos vom Bergbau als Entwicklungs-Lokomotive erscheint höchst fragwürdig, wenn man die Folgekosten für die lokale Bevölkerung betrachtet. Den Gemeinden, die umgesiedelt werden müssen, reißt der Bergbau die Lebensgrundlagen unter den Füßen weg. Die Umsiedlungsverhandlungen werden sehr hart geführt, da die Unternehmen vor allem daran interessiert sind, den Kreis derjenigen, die umgesiedelt und entschädigt werden müssen, möglichst gering zu halten. BewohnerInnen aus Gemeinden, die umgesiedelt werden müssen, haben kaum eine Chance, einen Arbeitsplatz bei den Bergbauunternehmen zu bekommen. Dies wird häufig mit der fehlenden Qualifikation der Menschen begründet, doch Qualifizierungsmaßnahmen, die daran etwas ändern könnten, fehlen ebenso. So sehen sich viele Menschen gezwungen, in die nächstgelegenen Städte abzuwandern. Dort teilen sie das Schicksal der dortigen BewohnerInnen, die mit steigenden Lebenshaltungskosten zu kämpfen haben, weil die durch den Bergbau bedingte erhöhte Nachfrage die Preise nach oben treibt. Zwar schafft der Kohlebergbau direkte Arbeitsplätze in den Minen, doch entfaltet die rein auf den Export ausgerichtete Aktivität keine positive Wirkung auf die lokale Wirtschaft. Laut einer Studie der staatlichen Behörde *Accion Social* aus dem Jahr 2010 konnte selbst im Stadtbezirk La Jagua del Ibirico, dem Zentrum des Kohlebergbaus, keine zusätzliche Dynamik durch den Bergbau festgestellt werden.⁴² Die weitreichende Veränderung der Wirtschaftsstruktur hatte gleichzeitig den Verlust der Ernährungssouveränität zur Folge. So zahlen vor allem Kleinbauern und -bäuerinnen einen hohen Preis für diese wirtschaftlichen Veränderungen.

Wo aber landen die Milliarden aus dem Kohlebergbau? Der Kohleexport generiert einen Förderzins, die sogenannten *regalías*, die zur Entwicklung eingesetzt werden sollen. Die Höhe des Förderzinses wurde im Jahr 1994 festgelegt, als der Weltmarktpreis für Steinkohle bei ca. 35 US-Dollar pro Tonne lag.



40 Técnico de maquinaria pesada murió en la mina Calenturita, <http://sintramienergeticanacional.blogspot.de/2011/05/tecnico-de-maquinaria-pesada-murio-en.html>, 3. Mai 2011 (abgerufen am 27. 10. 2012).

40 'Tolemaida' acepta que asesino a sindicalistas de la Drummond, <http://www.verdadabierta.com/nuncas/42-asesinatos-selectivos/2234-tolemaida-acepta-%20que-asesino-a-sindicalistas-de-la-drummond>, 24. 2. 2010 (abgerufen am 27. 10. 2012).

41 Vgl. Rede des Menschenrechtsanwalts Alirio Uribe vom Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo auf der E.ON-Hauptversammlung am 3. Mai in Essen, http://www.kritischeaktionare.de/fileadmin/Dokumente/Reden_2012/Rede_E.on_HV_2012_Alirio_Urbe.pdf (abgerufen am 27.10.2012).

42 Acción Social 2010, S. 98.



Millionen Tonnen, beträgt der Förderzins zehn Prozent. *Cerrejon*, *Drummond* und die *Calenturitas*-Mine von *Glencore/Prodeco* zahlen dementsprechend zehn Prozent Förderzins für ihre Produktion. Doch auch beim Thema Förderzins gibt es zahlreiche Ungereimtheiten und Schlupflöcher. So zahlte zum Beispiel *Drummond* zwischen 1995 und 2007 1,2 Billionen Pesos Förderzins, erhielt aber durch Steuervergünstigungen und Mehrwertsteuer-Rückerstattungen 919 Milliarden Pesos zurück. Somit blieben dem Staat am Ende nur 24 Prozent von der Summe, die er normalerweise hätte bekommen sollen.⁴³ Ein weiteres Problem stellen die gemeldeten Fördermengen als Berechnungsgrundlage der Förderzinsszahlungen dar. Eine aktuelle Untersuchung des Bergbau-Sektors durch den kolumbianischen Rechnungshof kam zu dem Ergebnis, dass Produktionsmengen oft falsch angegeben werden und der Staat somit um Gelder in Millionenhöhe gebracht wird.

Prodeco/Glencore ist besonders einflussreich bezüglich der Gesetzesauslegung. So kaufte das Unternehmen in den vergangenen Jahren die Unternehmen *Carbones de la Jagua (CDJ)*, *Consortio Minero Unido (CMU)* und *Carbones del Tesoro (CET)* auf, die alle in unmittelbarer Nachbarschaft operieren. Die Unternehmen wurden einerseits zum sogenannten *La Jagua-Projekt* zusammengefasst, welches nun mit nur einer Umweltlizenz betrieben werden kann. Gleichzeitig werden alle Unternehmen jedoch weiterhin als unabhängige Firmen geführt, die jeweils eigene Produktionsmengen ausweisen. So produzierte *CDJ* im Jahr 2011 nach Angaben der Gewerkschaft 2,94 Millionen Tonnen, *CMU* 2,84 Millionen Tonnen und *CET* 1,16 Millionen Tonnen Kohle. Der fällige Förderzins wird für die drei Firmen einzeln berechnet. Dadurch zahlt *Prodeco/Glencore* nur jeweils fünf Prozent Förderzins, obwohl es sich keineswegs um unabhängige Unternehmen handelt. Dies wird auch dadurch deutlich, dass *CDJ* zwar über die mit Abstand größte Konzessionsfläche, aber nur über 400 größtenteils gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen verfügt. *CMU* hingegen verfügt über 2.000 ArbeiterInnen, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind. *CET* verfügt über keine eigenen ArbeiterInnen oder Maschinen.⁴⁴

Statt die geforderte besondere Sorgfaltspflicht an den Tag zu legen, lassen die Unternehmen keine Gelegenheit aus, um die eigenen Gewinne weiter zu maximieren. Der Staat wiederum treibt den Rohstoffausverkauf des Landes weiter massiv voran, ohne dass die schon jetzt überforderten Kontrollorgane in die Lage versetzt werden, mit dieser Entwicklung Schritt zu halten. Stattdessen sind viele hundert Millionen Pesos Förderzins-Einnahmen in den Taschen korrupter Politiker gelandet. Mehrere Bürgermeister der Stadt La Jagua del Ibirico wurden in den letzten Jahren zu Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie öffentliche Gelder in Millionenhöhe veruntreut hatten.

So wundert es nicht, dass die Kohleabbaugebieten La Guajira und Cesar auch nach 30 bzw. 20 Jahren Kohleabbau nach wie vor zu den Armenhäusern des Landes zählen. Aktuelle Berichte des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen kommen zu dem Urteil, dass der Kohleabbau keinerlei positiven Effekt auf die soziale Situation hatte. Zwar ist das Bruttoinlandsprodukt dank der Kohleexporte gestiegen, die Befriedigung sozialer Grundbedürfnisse ist jedoch nach wie vor völlig unzureichend und liegt weit unter dem Landesdurchschnitt.⁴⁵ Eine Entwicklungs-Lokomotive, die solche Konstruktionsfehler aufweist, gehört nicht auf das Express-Gleis, sondern dringend in die Werkstatt.

Förderzins Kolumbien (unverändert seit 1994)

Kohle (bis 3 Mio t/Jahr)	5 %
Kohle (ab 3 Mio t/Jahr)	10 %
Gold und Silber	4 %
Platin	5 %
Nickel	12 %
Eisen und Kupfer	5 %
Metallische Rohstoffe	5 %

43 Cerro Matoso: La punta del iceberg, Razon Pública, <http://www.razonpublica.com/index.php/econom-y-sociedad-temas-29/3313-cerro-matoso-la-punta-del-iceberg.html>, 8. 10. 2012 (abgerufen am 27. 10. 2012).
44 Las cuentas cruzadas del sector minero, SEMANA 7. März 2012, <http://www.semana.com/nacion/cuentas-cruzadas-del-sector-minero/173357-3.aspx> (abgerufen am 27.10.2012)..

45 La Guajira 2012 – Estado de avance de los Objetivos de Desarrollo del Milenio, http://www.pnud.org.co/2012/odm2012/odm_guajira.pdf & Cesar – Informe sobre el Estado de Avance de los Objetivos de Desarrollo del Milenio – Estado de Avance 2011, http://www.pnud.org.co/2012/odm2012/odm_cesar.pdf (beide abgerufen am 27. 10. 2012).

Deutschlands Mitverantwortung

Die ökologischen und sozialen Folgekosten des Steinkohleabbaus in Kolumbien sind beträchtlich, Regulierung und Kontrolle aber völlig unzureichend. Während internationale Konzerne Milliardengewinne machen, ist von einer nachhaltigen Entwicklung der Abbauregionen nichts zu sehen. Doch trägt Deutschland als wichtiger Abnehmer dieser Kohle wirklich eine Mitverantwortung an der Situation vor Ort? Die deutsche Bundesregierung hat diese Frage klar mit Ja beantwortet. So stellte sie unmissverständlich fest: „[...] Bei den Steinkohleimporten aus Kolumbien handelt es sich um Importgeschäfte deutscher Firmen mit kolumbianischen Unternehmen [...]. Entsprechend des vom VN-Sonderbeauftragten für Wirtschaft und Menschenrechte, John Ruggie⁴⁶, entwickelten *VN-Framework for Business and Human Rights (Protect, Respect, Remedy)* haben Unternehmen eine menschenrechtliche Verantwortung zur Achtung der Menschenrechte innerhalb ihrer Einflussphäre. Dies beinhaltet auch die Achtung Indigener Landrechte und des Prinzips von *free, informed and prior consent*. Die deutsche Bundesregierung erwartet von deutschen Unternehmen, dass sie diese Verantwortung wahrnehmen und entsprechende Monitoringsysteme einrichten. [...]“⁴⁷ Neben der Mitverantwortung erkennt die Bundesregierung somit auch an, dass die Zustimmung der betroffenen Indigenen Gemeinden erreicht werden muss und eine Konsultation nicht ausreichend ist.

Ohne transparente Warenströme ist jedoch unklar, wer wem gegenüber Verantwortung wahrnehmen muss. Das Problem der fehlenden Transparenz im Rohstoffsektor ist der Regierung Merkel bekannt. Doch während das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) nachvollziehbare Waren- und Zahlungsströme im Rohstoffsektor als Voraussetzung für gute Regierungsführung und als geeignetes Mittel gegen Korruption und für eine zielgerichtete Verwendung der Mehreinnahmen ansieht⁴⁸, vertraut das Wirtschaftsministerium lieber auf freiwillige Initiativen der Industrie wie die *Better Coal Initiative*, obwohl diese keine Transparenz bei Warenströmen zum Ziel hat.⁴⁹ Die Erarbeitung eines *Better Coal Standards* und das erklärte Ziel, die Bedingungen in den Abbaugebieten zu verbessern, ist nur alter Wein in neuen Schläuchen. Seit Jahren verweisen Deutschlands Stromkonzerne darauf, dass sie ihre Lieferanten auf strenge Menschenrechtsstandards verpflichten und dass sie die Prinzipien des *UN Global Compact* einhalten. Ein genauerer Blick auf die Aussagen der vier größten deutschen Stromversorger im Zusammenhang mit den Kohleimporten aus Kolumbien gibt Aufschluss (Hervorhebungen vom Autor):



Der Racheria-Fluss ist von der Umleitung bedroht. Foto: © Adriana A. Cuéllar/Collectivo de Abogados José Alvear Restrepo

RWE

(Anteil kolumbianischer Steinkohle 2011: 42,6 Prozent)

„Alle aktuellen und zukünftigen Geschäftspartner der *RWE Supply & Trading* werden daher einem sogenannten *Counterparty Risk Assessment* unterworfen. Überprüft werden die Vertragspartner dabei unter anderem hinsichtlich des Verdachts auf [...] Verstöße gegen ethische Standards und Menschenrechte. Geschäftsbeziehungen werden nur dann aufgenommen, wenn sich aus dem *Risk Assessment* keine Informationen ergeben, die einer Geschäftsbeziehung im Wege stehen. Die Prüfungen werden mindestens alle zwölf Monate wiederholt. **Bei Vertragspartnern, bei denen potenzielle Risiken erkannt wurden, erfolgt eine Prüfung alle drei bis zwölf Monate.**“⁵⁰

„Die *RWE Supply & Trading* ist zuständig für die Beschaffung von Kohle für den Einsatz in den Kraftwerken des RWE-Konzerns. Dies ist ein globaler Beschaffungsprozess. Die Geschäftspartner werden vor einem Vertragsabschluss einer Risikoprüfung unterzogen, die unter anderem auch Fragen der Menschenrechte, Arbeitsnormen und Umweltschutz und somit die Prinzipien des *UN Global Compact* beinhalten. [...] Die Vorwürfe gegenüber Drummond sind uns bekannt. [...] Das Unternehmen selbst stellt klar, dass es hohe soziale, ethische und Umweltstandards hat und in die zur Sprache gebrachten Verbrechen nicht involviert ist. [...]“⁵¹

E.ON

(Anteil kolumbianischer Steinkohle 2011: 30 Prozent)

„Wir verpflichten unsere Zuliefer-Unternehmen und Handelspartner auf weltweit anerkannte Standards für Menschenrechte, soziale Arbeitsbedingungen und Umweltschutz. Unsere Entscheidung, aus welchem Land und aus welcher Mine wir Steinkohle für

⁴⁶ John Ruggie hat am 30. Mai 2011 seinen Abschlussbericht vorgelegt. Aktuell ist er Berater des kanadischen Goldbergbau-Konzerns Barrick Gold.

⁴⁷ Antwort (Bundestagsdrucksache 17/4796) auf Frage 21 der Kleinen Anfrage (17/4605) vom 15. 2. 2011, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/047/1704796.pdf>, (abgerufen am 27. 10. 2012).

⁴⁸ Entwicklungspolitische Strategiepapier Extraktive Rohstoffe, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, S. 11, http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/strategiepaepere/Strategiepapier299_04_2010.pdf (abgerufen am 27. 10. 2012).

⁴⁹ Der Bettercoal Code erwähnt transparente Warenströme kein einziges Mal. Vgl. Bettercoal Code – Public Consultation Phase I – Draft 1.0, <http://consult.bettercoal.org/docs/bettercoal-code.pdf> (abgerufen am 27. 10. 2012)

⁵⁰ RWE Corporate Responsibility-Bericht 2011, S. 69 & S. 71ff, <http://www.rwe.com/web/cms/mediablob/de/1363698/data/1283866/9/cr-bericht-2011/zum-bericht/berichtsprofil/RWE-CR-Bericht-2011.pdf> (abgerufen am 27. 10. 2012).

⁵¹ E-Mail der RWE AG an FIAN vom 21. 3. 2012

die E.ON-Kraftwerke im In- und Ausland beziehen, unterliegt den Kriterien sozialer Verantwortung und betriebswirtschaftlichen Erfordernissen. Alle Zulieferunternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette müssen die Kriterien der E.ON-Richtlinie für Verantwortliche Beschaffung erfüllen. Ziel der Richtlinie ist es, bei allen Beschaffungsprozessen die negativen Auswirkungen auf Mensch, Gesellschaft und Umwelt so gering wie möglich zu halten. [...]

Grundlage der Richtlinie sind die zehn Prinzipien des *UN Global Compact*-Abkommens, das insbesondere Verpflichtungen zur Einhaltung der Menschenrechte, zur Gestaltung humaner Arbeitsbedingungen, zu Umweltschutz-Standards und zur Bekämpfung der Korruption enthält. Die Einhaltung dieser Grundlagen wird durch einen eigenen Audit-Prozess unterstützt. Sollte sich erweisen, dass ein Unternehmen, mit dem E.ON Geschäftsbeziehungen unterhält, diese Grundlagen nicht oder nicht vollständig einhält, wird E.ON versuchen, die notwendigen Verbesserungen in einem Maßnahmenkatalog einvernehmlich mit dem Unternehmen zu vereinbaren. **Sollte dies nicht möglich sein, kann E.ON Konsequenzen ziehen, die bis zur Prüfung der Geschäftsbeziehung reichen.**⁵²



Wayúu-Indigene Foto: © Adriana A. Cuéllar/Collectivo de Abogados José Alvear Restrepo

EnBW (keine öffentlich zugänglichen Angaben zum genauen Anteil kolumbianischer Kohle vorhanden)

„Die EnBW verfügt innerhalb ihres Kraftwerksparks über fast 4.000 MW steinkohlebasierte Erzeugung und benötigt hierfür je nach Kraftwerkseinsatz etwa vier bis fünf Millionen Tonnen Steinkohle jährlich. Da die deutsche Steinkohle mittlerweile nur noch einen Bruchteil der Sorten in unserem Bezugsportfolio ausmacht, kommen die Kohlen aktuell überwiegend aus Kolumbien, Russland und Südafrika sowie aus den USA und Polen. [...]

Im Rahmen der Beschaffung von Steinkohle für unsere Kraftwerke prüft die *EnBW Trading GmbH* ihre Geschäftspartner nach einem klar definierten Prozess. Diese Geschäftspartnerprüfung dient unter anderem der einheitlichen Beurteilung des Verhaltens von Geschäftspartnern hinsichtlich der Achtung von Gesundheit und Sicherheit der Mitarbeiter, der Einhaltung von Umweltschutzauflagen sowie dem Umgang mit dem Thema Korruption.

Beim Bezug aus den Ländern Kolumbien und Südafrika prüft die *EnBW Trading GmbH* darüber hinaus auch die Vorlieferanten im Rahmen einer umfangreichen Geschäftspartnerprüfung auf die Einhaltung von Compliance-Standards. Diese Steinkohle stammt von einigen wenigen Gruben und Bergbaugesellschaften, die sich alle im Eigentum von großen, überwiegend börsennotierten Bergbaukonzernen (*BHP Billiton*, *Anglo American*, *Xstrata*) mit entsprechenden Compliance-Standards befinden. Für Lieferungen aus den USA und Russland ist ein Ursprungsnachweis wegen der Strukturen der lokalen Handelsmärkte und der dahinter stehenden Logistik (mehrere Umschläge bis zum Exporthafen) derzeit noch nicht möglich.⁵³

„Unsere Handelspartner sind vertraglich verpflichtet, mit der Nominierung von Liefermengen Angaben zur Kohlequalität zu machen, aus denen bei Lieferungen der Vorlieferant = Kohlenproduzent = Grube hervorgeht. Da alle bedeutenden Kraftwerkskohlenexporteure (Kolumbiens) über eigene Häfen verschiffen, ist somit für uns eine Zuordnung auf die verschiedenen Gruben möglich. Die EnBW hat dank dieser klaren Zuordnung der jeweiligen Herkunft der Kohle die Möglichkeit, einen annähernd vollständigen Überblick über die gesamte Lieferkette und somit auch über das Engagement der Grubenbetreiber bei den Themen der Nachhaltigkeit, wie z.B. Umwelt- und Gesundheitsschutz, sowie Arbeitssicherheit, zu bekommen.

Die kolumbianischen Kohlen stammen aus den Gruben *Cerrejon* [...], aus der Grube *Calenturitas/Prodeco* [...] sowie aus der Grube *La Loma*, die zum amerikanischen Bergbauunternehmen *Drummond* gehört.⁵⁴

„Kolumbien ist für deutsche Kohleverbraucher eine wichtige Bezugsquelle. Der Anteil kolumbianischer Kohle hat sich auch bei der EnBW in den letzten Jahren deutlich erhöht. Der Kohlebezug erfolgt jedoch bislang fast ausschließlich über Zwischenhändler. Bis zum heutigen Tag bestehen daher keine direkten Geschäftsbeziehungen zu *Drummond*. Trotzdem stehen wir seit über zwei Jahren mit Vertretern des Unternehmens auch in einem direkten Dialog, da uns die Einhaltung von CSR-Kriterien auch beim Abbau von Kohle ein großes Anliegen ist. Außerdem haben wir vor zwei Jahren die Abbaubedingungen bei *Drummond* und anderen Produzenten in Kolumbien vor Ort (soweit möglich) inspiziert.

Die von ihnen genannten Vorwürfe gegen Drummond sind uns bekannt. Die Gesamtlage ist allerdings sehr unübersichtlich. Den zurzeit laufenden Prozess verfolgen wir sehr genau und bewerten auf Basis etwaiger neuer Erkenntnisse die Situation jeweils neu.

53 Nachhaltigkeitsbericht EnBW 2010, S. 16-17, http://www.enbw.com/content/de/der_konzern/_media/pdf/nachhaltigkeitsberichte/Nachhaltigkeitsbericht_2010.pdf (abgerufen am 27. 10. 2012)

54 Brief von EnBW an die Bundestagsabgeordneten Ute Koczy und Oliver Krischer vom 20. 4. 2011. Der Brief liegt FIAN in digitaler Form vor.

52 Brief der E.ON AG an die Bundestagsabgeordneten Ute Koczy und Oliver Krischer vom 18. 4. 2011. Der Brief liegt FIAN in digitaler Form vor.

Im Sinne des *Global Compact* steht grundsätzlich nicht der Abbruch von Geschäftsbeziehungen im Vordergrund, sondern zunächst die gemeinsame Suche nach Auswegen aus komplexen Situationen. Deshalb werden wir zunächst im Dialog mit *Drummond* erörtern, welche nächsten Schritte eingeleitet werden können. Ziel ist es die Situation in der Vergangenheit für alle Parteien transparent zu machen und zu klären wie zukünftig Vorfälle dieser Art vermieden werden können.“⁵⁵

Vattenfall (keine öffentlich zugänglichen Angaben zum genauen Anteil kolumbianischer Kohle vorhanden)

„Im Jahr 2010 erhoben niederländische Medien schwere Vorwürfe gegen bestimmte kolumbianische Bergbaugesellschaften, darunter *Drummond* und *CMC*. So wurde gemeldet, dass beide Gesellschaften illegalerweise paramilitärische Gruppen in Kolumbien unterstützen und sich anderer menschenunwürdiger und umweltschädigender Praktiken schuldig gemacht hätten.

Diese Situation hat weitere Fragen rund um die Beschaffung von Kohle als Handelsgut aufgeworfen. Mithilfe der Richtlinien und der Überprüfung seitens *Vattenfall* kann sich das Unternehmen vor Risiken in der Lieferkette schützen. Doch ist ein Dialog in der gesamten Branche nötig, damit die Probleme systematisch aus der Welt geschaffen werden können. [...]“⁵⁶

„Ziel der [*Better Coal*]-Initiative ist es, unternehmerisches Handeln durch eine gemeinsame Reihe von Standards zu verbessern, mit denen Bergbauunternehmen und Betreiber ermutigt und dabei unterstützt werden, gute Praktiken (*good practices*) zum Schutz von Arbeitskräften, Umwelt und lokalen Gemeinschaften (*local communities*) zu übernehmen und zu verbessern.

Ziel von *Bettercoal* ist es, Fortschritte bei der ständigen Verbesserung von *corporate responsibility* innerhalb der Kohlelieferkette zu erzielen. Basis dafür ist der ‚*Bettercoal Code of Practice*‘ (oder auch: *Bettercoal Standard*), der auf existierenden Bergbau-Standards aufbaut und soziale, umweltpolitische und ethische Standards setzt, die die Kohlebergbauunternehmen angehalten werden einzuhalten.

Der Code wurde in einem Konsultationsprozess entwickelt, gemeinsam u.a. mit Gewerkschaften, NGOs und Kohlezulieferern. Der Fokus liegt insbesondere auf Kohleminen die den internationalen Markt versorgen.“⁵⁷

Bei Verstößen gegen die strengen Menschenrechts-Richtlinien werden verschiedene Konsequenzen angedeutet, die bis hin zur Prüfung der Geschäftsbeziehung reichen. Auch eine intensivere Prüfung und Suche nach möglichen Schuldigen wird in Erwägung gezogen. Ganz im Sinne des *Global Compact* möchte man jedoch ungern den Ast abschneiden, auf dem man selbst sitzt, sondern lieber Auswege aus komplexen Situationen suchen.

Allen Unternehmen sind die Vorwürfe gegen *Drummond* bekannt, aber keines sieht sich genötigt, Konsequenzen zu ziehen, obwohl das Unternehmen bis heute mehrere Beschuldigte weiterbeschäftigt. Wenn aber schon die erdrückende Beweislast im Fall von Mord und Finanzierung terroristischer Organisationen nicht ausreicht, um die Geschäftsbeziehungen zumindest bis zur vollständigen Aufklärung zu unterbrechen, entlarven sich Menschenrechts-Richtlinien und *Global Compact*-Prinzipien selbst. Sie dienen nicht dem Schutz von Menschenrechten und Umwelt, sondern als perfekte *Greenwashing*-Instrumente, mit denen Werbung in eigener Sache betrieben wird und Sanktionen umgangen werden können. Der Charakter der Freiwilligkeit hat eine willkürliche Komponente, die ein Eingreifen der Politik zwingend notwendig macht. Nur gesetzliche Regelungen können dafür sorgen, dass Deutschland bis zum vollständigen Umstieg auf Erneuerbare Energien nur Kohle verfeuert, die nicht auf Kosten von Mensch und Natur gefördert wurde.



Traditionelle Lebensweise der Wayúu-Indigenen Foto: © Adriana A. Cuéllar/Collectivo de Abogados José Alvear Restrepo

⁵⁵ E-Mail von EnBW an FIAN vom 12. 4. 2012.

⁵⁶ Nachhaltigkeitsbericht Vattenfall 2010, S. 25-26,

http://www.vattenfall.de/de/file/CSR-Report_2010_D.pdf_18502917.pdf (abgerufen am 27.10.2012).0

⁵⁷ E-Mail von Vattenfall an FIAN vom 18. 4. 2012.



Reisernte – die Ernährungssouveränität vieler Menschen in Kolumbien wurde der Kohle geopfert.

Vor diesem Hintergrund stellt FIAN folgende Forderungen an die deutsche Regierung und an die kohleverstromenden Energieversorgungsunternehmen in Deutschland:

Die deutschen Stromversorger sollten an konkreten Beispielen zeigen, dass sie ihre Unternehmensverantwortung ernst nehmen. Sie könnten sich dafür einsetzen, dass alle Bergbauunternehmen **uneingeschränkte Gewerkschaftsfreiheit** garantieren. Sie könnten die angesprochenen **Umsiedlungsprozesse begleiten** und sich dafür einsetzen, dass die Vertriebenen von Tabaco, El Prado und Mechoacán möglichst schnell eine neue Heimat finden bzw. ihr Land zurück bekommen. Vor allem aber sollten sie die **Geschäftsbeziehungen zu Drummond einstellen**. Die bereits vorliegenden, zahlreichen Zeugenaussagen belasten Unternehmen und einzelne Mitarbeiter derart schwer, dass die deutschen Stromversorger mit sofortiger Wirkung keine Kohle mehr von Drummond beziehen dürften, wenn sie ihre eigenen Richtlinien wirklich ernst nehmen würden.

Auf politischer Ebene erscheint ein **Transparenz-Gesetz dringend notwendig**, das Kohle importierende Unternehmen verpflichtet, Warenströme offenzulegen. Dies ist technisch möglich und aus menschenrechtlicher Sicht notwendig, um die Frage der (Mit-)Verantwortung zu beantworten. Ein mögliches Vorbild für die Erhebung der Einfuhrdaten könnte der *Power Plant Operations Report* der US-amerikanischen *Energy Information Administration* sein.⁵⁸

Des Weiteren muss die Politik verbindlich festlegen, wie Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Verantwortung gerecht werden sollen. So sollten Kohle importierende Unternehmen verpflichtet werden, **regelmäßig darüber Auskunft zu geben, ob und wie sie geprüft haben, ob es innerhalb ihrer Einfluss-sphäre zu Menschenrechtsverstößen kommt**.

Die deutsche Bundesregierung sollte sich außerdem dafür einsetzen, dass im Zusammenhang mit großen Bergbau-Projekten die *ILO-Konvention 169 zum Schutz Indigener Völker*, die *UN-Erklärung über die Rechte Indigener Völker* und die *Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern* vollständig berücksichtigt werden.

Nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes sollten in Deutschland **keine neuen Kohlekraftwerke** gebaut werden. Deutschland muss als einer der größten Kohleverbraucher der Welt mit gutem Beispiel voran gehen und so schnell wie möglich **auf die Nutzung von Steinkohle verzichten**. Entscheidend ist dabei nicht der Anteil Deutschlands am weltweiten Kohleverbrauch, sondern vielmehr ob es gelingt, die **dringend notwendige Vorreiterrolle** einzunehmen. Nur wenn so schnell wie möglich eine Kehrtwende beim weltweiten Kohleverbrauch geschafft wird, kann es gelingen, die ständige Ausweitung des Steinkohlebergbaus mit all seinen negativen Folgen zu verhindern. Deutschland trägt dabei als eines der Länder mit dem höchsten Pro-Kopf-Kohleverbrauch der Welt besondere Verantwortung.

⁵⁸ Siehe Format zur Datenerhebung http://www.eia.gov/survey/form/eia_923/form.pdf & Datenbank <http://www.eia.gov/electricity/data/eia923/>, (abgerufen am 27. 10. 2012).

Die Verursacher des Hungers benennen

Den Hungernden Gehör verschaffen

Gemeinsam die Verantwortlichen

zur Rechenschaft ziehen



Mit Menschenrechten gegen den Hunger! FIAN, das Food First Informations- und Aktions-Netzwerk, wurde 1986 gegründet, um für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung zu kämpfen. Mittlerweile hat FIAN Mitglieder in über 50 Ländern auf allen fünf Kontinenten. In 18 Ländern bestehen nationale Vertretungen. Weltweit unterstützt FIAN Opfer von Verletzungen des Rechts auf Nahrung bei der Verteidigung ihrer Rechte. Bei den Vereinten Nationen hat FIAN Beraterstatus.

Die Mitglieder und UnterstützerInnen von FIAN engagieren sich für eine Welt, die frei von Hunger ist und in der jede Person Zugang zu den Ressourcen hat, die ihr ein Leben in Würde ermöglichen.

Wenn das Menschenrecht auf Nahrung verletzt oder gefährdet wird, greift FIAN ein: mit internationalen Protestbriefaktionen, mit Fall- und Recherchearbeit vor Ort, mit Öffentlichkeits-, Kampagnen- und Lobbyarbeit. Zudem macht FIAN mit Arbeit in der Menschenrechtsbildung das Recht auf Nahrung in Deutschland und international bekannter.

FIAN ist eine basisorientierte Mitgliederorganisation und unabhängig von politischen und konfessionellen Gruppen, Parteien, Regierungen und Ideologien.

Unser Engagement wirkt! Machen Sie mit!



Spendenkonto
Nr. 4000 4444 00
GLS Bank
BLZ 430 609 67

Internationale Menschenrechtsorganisation
für das Recht sich zu ernähren

